JETZT JEDEN ZWEITEN MONTAG.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 9 13. September 1971 | 5. Jahrgang | 50 Pfennig

C 21246 E

15 statt 10%

Gegen Lohndiktat !

IGM-Boß Brenner ist entschlossen, koste es, was es wolle, gegen den Willen der Metallarbeiter die Lohnleitlinien seiner kapitalistischen Auftraggeber durchzusetzen. Deshalb der unverschämte Trick seiner Handlanger in den regionalen Tarifkommissionen, statt der von den Arbeitern geforderten 15 % Lohnerhöhung, Forderungen von 9 bis 11 % aufzustellen, die dann erfahrungsgemäß auf rund 7 bis 8 % runtergehandelt werden sollen, was angesichts der gestiegenen Preise - rund 10 % - eine glatte Lohnkürzung darstellt.

Kollegen, verhindert diesen Anschlag auf euren Lohn. Macht es wie die Klöckner-Arbeiter in Bremen; sie fordern geschlossen 16 % !

Zur Berlin-Regelung

DER KREML VERKAUFT DIE SOUVERÄNITÄT DER DDR

Eine hinterhältige Verschwörung gegen die Volksrepublik China

Als am 12. August letzten Jahres Bundeskanzler Brandt in Moskau das sogenannte Gewaltverzichtsabkommen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik unterschrieb, setzte er gleichzeitig die Herren im Kreml mit einer Erpressung unter Druck: Wenn ihr wollt, daß das Abkommen im Bundestag ratifiziert (und erst damit rechtskräftig) wird, dann findet gefälligst eine für uns annehmbare Berlin-Regelung. Und die sowjetischen Sozialim-

Deutschland zu gewährleisten.

Die Rechtsgrundlage für diese Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945 formuliert. Sie sahen u.a. neben der Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus, der Entfernung von höheren

der Sowjetunion am 9. Mai 1945 in Moskau erklärte: **„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten"**.

Das Potsdamer Abkommen wurde in der damaligen sowjetischen Besatzungszone voll erfüllt, während es die Westmächte in ihren Besatzungs-

Fortsetzung Seite 3

perialisten in ihrem Streben sich unter allen Umständen so schnell wie möglich mit dem westdeutschen Imperialismus auf Kosten der Völker Europas zu arrangieren und sich Rückenfreiheit für neue Aggressionshandlungen gegen die Volksrepublik China zu verschaffen, hatten nichts eiligeres zu tun als sich den Herren in Bonn willfährig zu zeigen.

Man stelle sich vor: die heutige Regierung des Staates, der vor 26 Jahren die Hitlerherrschaft, den deutschen Imperialismus zerschlug, kriecht zu Kreuz vor der Regierung, die eben diesen wiederentstandenen aggressiven Imperialismus vertritt.

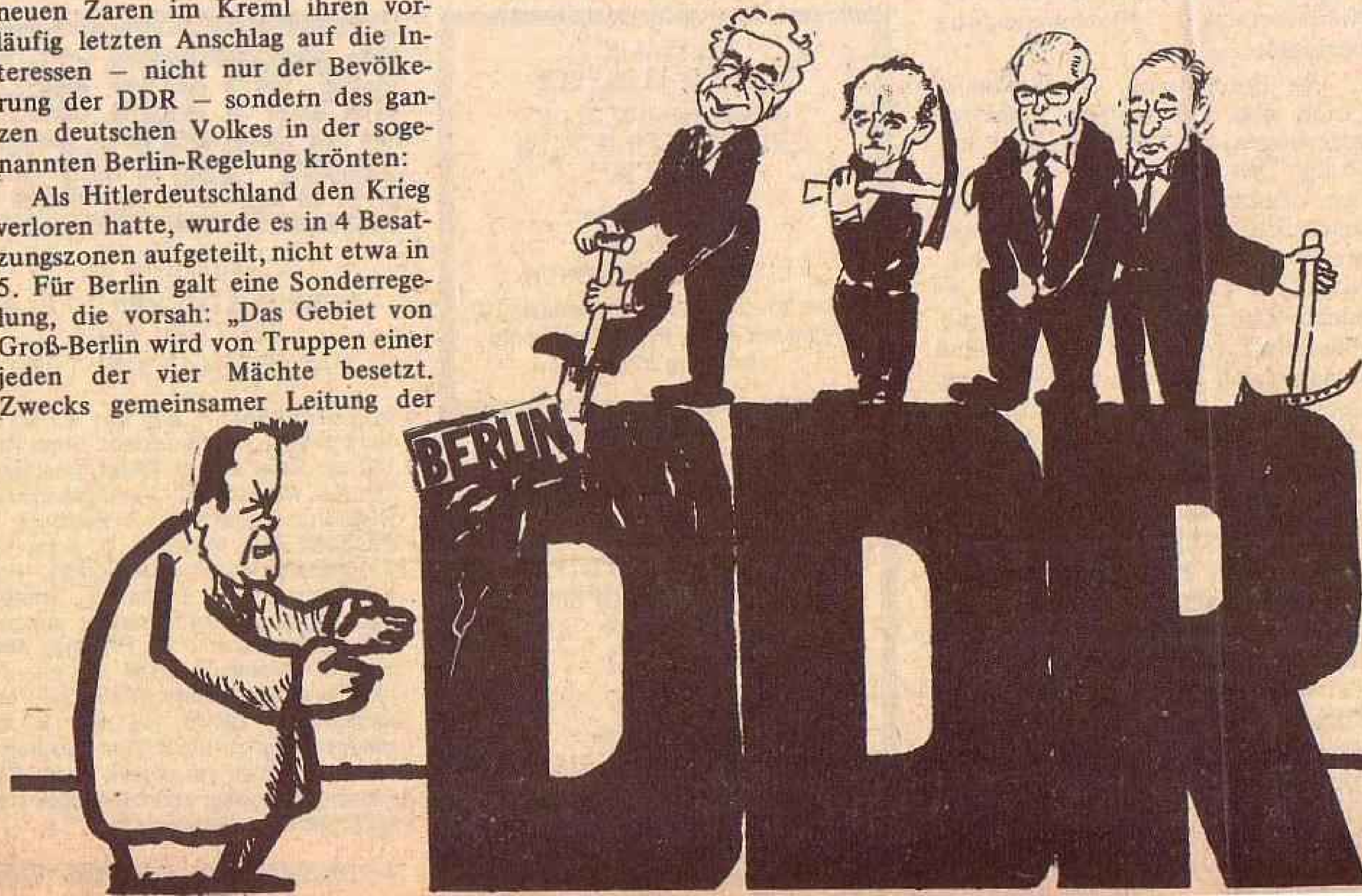
Hat nicht das sowjetische Volk das Recht zu fragen: Wofür haben 25 Millionen Menschen unseres Landes Blut und Leben geopfert? Hat nicht das deutsche Volk allen Grund zu fragen: Wer gibt Euch das Recht das Abkommen von Potsdam, das uns zusagte „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet", wie ein Fetzen Papier zu zerreißen?

Man muß schon einen Blick in die Geschichte werfen, um den ganzen schamlosen, niederträchtigen Verrat zu erkennen, mit dem die neuen Zaren im Kreml ihren vorläufig letzten Anschlag auf die Interessen – nicht nur der Bevölkerung der DDR – sondern des ganzen deutschen Volkes in der sogenannten Berlin-Regelung krönten:

Als Hitlerdeutschland den Krieg verloren hatte, wurde es in 4 Besatzungszonen aufgeteilt, nicht etwa in 5. Für Berlin galt eine Sonderregelung, die vorsah: „Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung diesen Gebietes wird eine interalliierte Behörde (Kommendatura) errichtet."(Feststellung über die 4 Besatzungszonen, Berlin 5.6. 1945) Auf der Dreimächtekonferenz in Jalta (3. bis 11.2.1945) war bezüglich Berlins festgestellt worden, eine „koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentralkommission mit dem Sitz in Berlin" zu errichten, „die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte bestehen soll". Diese Sonderregelung für Berlin erfolgte allein aus dem Grund, weil in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, das zentrale Besatzungsorgan für Deutschland, der Alliierte Kontrollrat, seinen Sitz nahm, um von hier aus alle Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden und eine einheitliche Besetzungspolitik in ganz

zismus, der Entfernung von höheren Nazis aus allen öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen (in Westdeutschland nie erfüllt), die Vernichtung übermäßiger Konzentration der Wirtschaft durch Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen vor. Zu den wirtschaftlichen Grundsätzen' heißt es wörtlich: **„Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten,"** wirtschaftliche Einheit z.B. im Hinblick auf das „Transport- und Verkehrswesen", das Währungs- und Bankwesen der zentralen Besteuerung und Zölle" u.a.m.

Dieses Abkommen war – auch wenn es in mancher Hinsicht einen Kompromiß darstellt – ein Sieg der sowjetischen Außenpolitik unter Stalin gegenüber den alliierten Westmächten, die Deutschland zerstükkeln und in ein Agrarland mit kolonialem Status (Morgentau-Plan) verwandeln wollten. Stalin, der in seiner Ansprache anläßlich des Sieges



NIXON NACH PEKING

Der Wunsch des Häuptlings des USA-Imperialismus, Nixon, der Volksrepublik China einen Besuch abstatten zu dürfen und die daraufhin erfolgte Einladung durch die chinesische Regierung hat überall in der Welt großes Aufsehen erregt und zahlreiche Spekulationen, Vermutungen und Verwirrung hervorgerufen. Der folgende Kommentar erläutert die Bedeutung dieses Besuches, soweit dies uns auf Grund unserer Informationen jetzt möglich ist.

Die Tatsache, daß Nixon um Einladung nach Peking bittet, beweist den vollständigen Bankrott der Isolierungspolitik der USA gegen China. Nachdem der Versuch der USA, die chinesische Revolution mit Hilfe des Faschisten Tschiang-Kai-Schek niederzuschlagen im Jahre 1949 gescheitert war, flüchtete Tschiang auf die chinesische Insel Taiwzn und konnte nur durch Einsatz der Flotte der USA vor seinem gerechten Ende gerettet werden. Die USA halfen Tschiang bei der Errichtung einer faschistischen Diktatur auf Taiwan, genannt 'Formosa' oder 'Nationalchina', zu dem Zweck der militärischen Aggression gegen China. In völliger Verdrehung der Tatsachen bezeichneten die USA-Imperialisten die Tschiang-Kai-Schek-Bande als 'einzig rechtmäßige Regierung Chinas' und verschafften dieser den Sitz in der UNO und anderen Weltorganisationen. Die USA übten auf die von ihnen unterdrückten und abhängigen Nationen Druck aus ebenfalls diese Clique anzuerkennen.

Die USA organisierten jahrzehntelang einen Boykott gegen China, verbot USA-Bürgern nach China zu reisen, verübte zahlreiche Aggressions- und Sabotageakte gegen das chinesische Volk. Dank des entdes entschlossenen Kampfes des chinesischen Volkes gegen Boykott und Aggression mit dem erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in China konnte diese Politik der Isolierung Chinas vollständig zunichte gemacht werden.

China wird heute von einer immer größer werdenden Zahl der Nationen völkerrechtlich anerkannt, die überwiegende Mehrheit der Nationen erkennt die Regierung der Volksrepublik China als einzig legale Regierung an und bezeichnet Taiwan als Teil des Territoriums der Volksrepublik China. 56 Nationen stimmten für die Aufnahme Chinas in die UNO und für den Ausschluß der Tschiang-Clique.

Somit bedeutet es in dieser Frage einen Kniefall Nixons, wenn er China nun völkerrechtlich anerkennen will. Da Nixon aber gleichzeitig für das Verbleiben der Tschiang-Clique in der UNO eintritt, beweist es, daß der USA-Imperialismus seine aggressiven Absichten nicht aufgegeben hat.

DIE LAGE DES USA-IMPERIALISMUS IST VÖLLIG KATASTROPHAL

Das letzte Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der unaufhörlichen Niederlagen und Rückschläge für die USA. Der Versuch, die Vorherrschaft über die Welt zu erringen, hat dazu geführt, daß sich die Völker der Welt eins nach dem anderen zum revolutionären Kampf erheben.

In Indochina, dem Hauptkriegsschauplatz in der Welt, bezogen die USA und ihre Handlanger in Südvietnam, Laos und Kambodscha die schwerste Niederlage. Ihr Konzept, 'Asiaten gegen Asiaten' kämpfen zu lassen und die drei

Fortsetzung Seite 2

NIXON NACH PEKING

Fortsetzung von Seite 1

Völker Indochinas gegeneinander auszuspielen, ist ins Wasser gefallen. Der Krieg in Indochina hat die Position der USA in der Welt entscheidend geschwächt.

In Süd- und Mittelamerika, dem 'Hinterhof' der USA, wächst der Widerstand gegen die koloniale Unterdrückung ständig. Ein Land nach dem anderen, wie Chile und Peru, enteignet die ausländischen Besitztümer, die Länder Lateinamerikas schließen sich zur Verteidigung ihres Rechtes auf 200 Meilen breite Territorialgewässer zusammen, das sozialistische Kuba festigt seine Lage, die bewaffnete Revolution der Völker geht voran.

In Afrika wächst die antikoloniale Front der Befreiungsbewegungen, die ihre Macht immer mehr ausdehnen; Guinea als Beispiel hat die bewaffnete Invasion der USA/portugiesischen Kolonialisten zurückgeschlagen. Die derzeitige Dollarkrise ist das Ergebnis des rapiden Niedergangs der wirtschaftlichen und politischen Stärke der USA. Die Tage, die die USA Anführer der Weltfinanz bleiben, sind gezählt. Die Dollarkrise hat die Schwierigkeiten, in denen die USA bis zum Hals stecken, nur noch verschärft.

In den USA selbst nimmt die revolutionäre Massenbewegung, ausgelöst durch den Aggressionskrieg in Indochina und den faschistischen Terror Nixons gegen das amerikanische Volk, immer größere Wucht an. Der USA-Imperialismus sieht sich einem Millionenheer von Arbeitslosen gegenüber, heftige Streikwellen erschüttern die Position der herrschenden Clique immer mehr. So schossen streikende Transportarbeiter mit Gewehren und Pistolen auf anrückende Nationalgardisten. Die Afroamerikaner haben den bewaffneten Kampf auf- chinas zu 'vermitteln'. Durch seine Lakaien in Kambodscha ließ Nixon für die Einberufung einer 'neuen Genfer Konferenz' Propaganda machen. Dazu schreibt die chinesische Zeitung 'Renmin Ribao' vom 3.8.1971: 'Das gegenwärtige Problem liegt nicht darin, irgendeine neue Genfer Konferenz einzuberufen, sondern darin, daß der USA-Imperialismus seine Aggressionstruppen restlos, bedingungslos und unverzüglich abziehen muß.' Wenn also Nixon erhofft, China würde zwischen den verbrecherischen Interessen der USA und den berechtigten Interessen Indochinas irgendetwas 'vermitteln', so hat er sich gründlich getäuscht. Alles Gerede von einer 'Abschwächung' der konsequent antiimperialistischen Haltung der Volksrepublik China entbehrt jeder Grundlage. Tschou En-lai forderte im Gegenteil den Abzug aller ausländischen Truppen aus ganz Süd-Ost-Asien. Und der Vizepräsident der 'New York Times' erklärte, 'Präsident Nixon sollte keine Zugeständnisse der Volksrepublik China erwarten.' (FAZ vom 22.8.1971)

Weiterhin wird Nixon versuchen, die angeschlagene Position seines Werkzeuges Tschiang-Kai-Schek zu retten und zu einer 'Kompromißlösung' zu kommen, derat, daz zwar die Volksrepublik China in die UNO kommt, daß aber 'Formosa' darin bleibt. Das ist nichts weiter als der Versuch, die Tatsache, daß Taiwan zum Territorium der Volksrepublik China gehört, weiter zu leugnen und Taiwan weiter besetzt zu halten. Denn bei einer Anerkennung Taiwans als Teil Volkschinas wären die Verträge zwischen Tschiang und den USA, wie der 'amerikanisch-chinesische Verteidigungspakt', ungültig und die USA-truppen auf Taiwan müßten dann selbstverständlich abgezogen wer-

In einem Kommentar der 'Renmin Ribao' heißt es dazu: 'Der USA-Imperialismus bezeichnet China nun als eine 'potentielle Supermacht', was in sich schließt, daß China sich in Zukunft auch in die Reihe der Supermächte drängen mag. Besten Dank, amerikanische Herren ! Aber China wird nie nach der Position einer sogenannten Großmacht trachten. Wir wollen immer Seite an Seite stehen mit den Staaten, die der Aggression, Kontrolle, Intervention und Subversion seitens der Supermächte ausgesetzt sind, wir wollen für immer mit den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen zusammenstehen.' (23.1.1971)

Und diese Worte hat Volkschina in unzähligen Taten bewiesen.

Schließlich wird Nixon noch versuchen, die wirtschaftliche Lage des USA-Imperialismus durch weite Ausdehnung der Handelsbeziehungen zu verbessern. Dazu hat er bereits vor einiger Zeit Exportbeschränkungen nach China aufgehoben. Dabei handelte es sich um sogenannte 'strategisch wichtige' Güter, wie Röhren, Maschinen für die metallverarbeitende Industrie usw. Er bildet sich tatsächlich ein, mit China ins große Geschäft zu kommen, einen großen Absatzmarkt zu finden. Die deswegen in den USA entstandene 'Chinaeuphorie' ist aber schon wieder abgeflaut. Westliche Beobachter auf der Kantoner Frühjahrsmesse meinten, das 'China-Geschäft habe sehr enge Grenzen'. Das ist auch nicht verwunderlich. Die sozialistische Wirtschaft Chinas wird nach dem Prinzip des 'Vertrauens auf die eigene Kraft' aufgebaut. Ausländische Erzeugnisse werden erstens nur dann gekauft, wenn sie absolut notwendig sind und auch nur so lange, bis China sie selber produzieren kann. Zweitens werden sie nur in kleiner Stückzahl gekauft und drittens bar bezahlt. China ist schuldenfrei. Anders als die Sowjetrevisionisten tauscht

die Niagarafälle bewunderte ? Erinnern wir uns an die 'Liebeserklärungen' Chruschtschows an die USA-Häuptlinge: Er pries Eisenhower begeistert als 'großen Menschen', der 'die große Politik versteht' (Chruschtschow in New York am 17.9.1959), enthusiastisch verbreitete er sich darüber, daß 'Präsident Kennedy sich der großen Verantwortung bewußt ist, die auf den Regierungen zweier so mächtiger Staaten ruht' (Rede im Rundfunk am 15.6.1961). Derselbe Kennedy, der wie inzwischen durch den Geheimbericht herausgekommen ist, systematisch den Völkermord in Vietnam geplant hat !

Das Zentralorgan der SED versteigt sich außerdem noch zu der Behauptung, dies sei für die Volksrepublik China der Moment, 'um sich mit der imperialistischen Hauptmacht, den USA zu arrangieren.' (Zu lesen in UZ, DKP-Blatt vom 28.8.1971) Die Revisionisten versuchen, den Kniefall Nixons als Aufhänger für eine freche Verleumdungskampagne zu benutzen.

Eine Einladung allein stellt noch gar nichts dar ! Nur wenn sie dem Zweck eines Komplottes gegen die Unabhängigkeit von Ländern, den Befreiungskampf von Nationen gerichtet ist. Von alledem ist hier nichts zu finden. Im Gegenteil. Gerade der Auftraggeber der SED, die sowjetischen Sozialimperialisten, haben schon gemeinsam mit den USA zahllose Komplotte gegen das Weltproletariat geschmiedet.

Die Aufteilung der Welt in Interessenssphären ('Laß du mir mein Vietnam, dann laß ich dir deine Tschechoslowakei'), der Atomwaffensperrvertrag, der zur Erpressung der 'atomaren Habenichtse' dient, der Rogers-Plan im Nahen Osten, der den Zionisten die geraubten Gebiete beläßt, die Unterstützung des Faschisten Suharto mit Waffen, der 1000000 Indonesier auf dem Gewissen hat, und vieles mehr.

Weitaus gefährlicher als diese Verleumdungen aber ist die absurde



Der USA-Gangsterboß Nixon.

Behauptung hat nur den Sinn, Aggressionen gegen China zu erzeugen und als Vorwand zum Überfall zu dienen. Wer hat denn seine Truppen in fremden Ländern stationiert ? China oder die Sowjetunion ? Die sowjetischen Sozialimperialisten bauen sich Militärstützpunkte in Südostasien auf, wie in Ceylon und Indonesien, sie haben massive Aggressionstruppen in der Mongolischen Volksrepublik an der Nordgrenze Chinas zusammengezogen, sie schließen einen Militärpakt mit den indischen Reaktionären, die immernoch Angriffsabsichten auf die Volksrepublik China hegt, ab.

Wir fragen weiter, wer hat denn wem mit Atombomben gedroht ? Bei dem Versuch der Sowjetführer, im Frühjahr 1969 chinesisches Territorium zu besetzen, hat die Moskauer Armee-Zeitung zynisch auf das sowjetische Kernwaffenpotential hingewiesen.

Das zeigt, daß nicht China die Sowjetunion bedroht, sondern daß die Sozialimperialisten einen Krieg gegen Volkschina vorbereiten.

Daß Nixons Politik natürlich darauf abzielt, die Angriffsgelüste auszunutzen liegt auf der Hand. Den Worten und der Verhandlungsbereitschaft des USA-Imperialismus kann man keinen Glauben schenken. Das hat Nixon hundertfach bewiesen. In Worten für Truppenabzug, in Taten für Ausweitung des Krieges. So hat Nixon am 20.4.1970 erklärt, weitere

genommen.

Angesichts dieser verzweifelten Lage des USA-Imperialismus wünscht Nixon, Peking zu besuchen. Es ist dies der verzweifelte Griff nach dem rettenden Strohhalm. Jedoch was immer sich Nixon durch den Besuch erhoffen, welche dunklen Absichten er auch hegen mag, nichts kann den USA-Imperialismus vor dem besiegelten Untergang retten.

Der Hauptzweck der Nixon-Reise ist der Versuch, in der aussichtslosen Lage des USA-Aggressoren in Indochina zu retten was zu retten ist. Nixon möchte China dazu bewegen, zwischen dem USA-Imperialismus und den drei Völkem Indochinas eine Vermittlerrolle zu übernehmen, weil er mit militärischen Mitteln nicht zum Ziel kommt.


NIXON IN PEKING DER PAPIERTIGER WINSELT UM GNADE!

den. Dem versucht Nixon durch dieses Manöver der Theorie von 'Zwei Chinas' auszuweichen.

Auch in dieser Frage wird Nixon eine Abfuhr erhalten. Tschou En-lai: 'Sollte eine Konstruktion von 'zwei Chinas'.....oder irgendein anderer Humbug auftauchen, werden wir das unter keinen Umständen akzeptieren.' (Interview mit New York Times)

Nixon wird weiter versuchen, China zur Annahme der Rolle einer 'dritten Supermacht' zu bewegen, um China gegen die Völker der Welt in Kollaboration mit dem USA-Imperialismus auszuspielen. Solche Versuche gibt es schon länger seitens des USA-Imperialismus.

China auch nicht seine Bodenschätze (Rohstoffe) gegen auslandische Waren, sondem fertige Produkte. Die Sowjetrevisionisten verkaufen Westdeutschland z.B. Erdgas, obwohl man daraus zig wertvolle Produkte herstellen kann. Die Ausbeutung der Rohstoffe der Sowjetunion überläßt man somit dem westdeutschen Kapital.

Die Hoffnung Nixons, durch Abmachungen wirtschaftlicher Art die Wirtschaftskrise der USA zu lindern, die Arbeitslosenzahl zu vermindern und etwa China noch mit Krediten zu binden, ist von vomherein zum Scheitem verurteilt.

Völlig absurd sind daher Vorwürfe der IG-Metall-Zeitung z.B., die die Chinesen als 'Wahlhelfer' Nixons bezeichnen. Die Wahl kann Nixon nur gewinnen, wenn es ihm gelänge, die Arbeitslosenzahl zu verringem und die Inflation zu stoppen. Eine erfolglose Reise nach Peking, zum jahrzehntelang verketzerten 'Rotchina' wurde die Wahlniederlage Nixons endgültig besiegelt.

Die Befürchtung, Nixon könnte China sein zukünftiges Verhalten aufzwingen, ist völlig fehl am Platz. Das erklärt sich schon aus dem Umstand, daß nicht die Volksrepublik China die USA um irgendetwas ersucht, sondem umgekehrt, Nixon hat China um Einladung ersucht. 'Und es ist Nixon, der seine Hauptstadt verlassen wird, um eine Besprechung mit der chinesischen Regierung zu haben, die zu Hause bleiben wird, in Peking, ihrer Hauptstadt.' (Sihanouk am 30.7.71)

Es gibt nun Stimmen, wie das 'Neue Deutschland', die die verleumderische Behauptung verbreiten, die Tatsache des Besuchs allein stelle ein 'Zusammenspiel mit dem USA-Imperialismus' dar. Es wird sogar von einem 'Flirt mit Nixon' gesprochen. Welch eine Heuchelei ! Hat die SED jemals von einem 'Flirt' gesprochen, als Chruschtschow mehr in den USA als in der Sowjetunion war, als Kossygin einträchtig mit Johnson

Behauptung der Sowjetführer, die Einladung stelle eine Bedrohung der Sowjetunion dar. Eine solche

150000 Mann aus Indochina abzuziehen, und sieben Tage später den Einmarsch in Kambodscha befohlen.

'Der USA-Imperialismus wird sich niemals mit seiner Niederlage abfinden. Er hat keinen einzigen Augenblick in Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen nachgelassen und nicht im geringsten seine Aggressionsambitionen aufgegeben. Der USA-Imperialismus wird notwendigerweise Gegenoffensiven unternehmen, Verzweiflungskämpfe führen und sogar tollwütig zu gewagten Abenteuern Zuflucht nehmen, um sich vor seinem besiegelten Untergang zu retten.'

So heißt es im 'Programm für den Kampf gegen den Imperialismus', einem Leitartikel der drei großen offiziellen Zeitungen Chinas. Weiter heißt es: 'Wir müssen unsere Wachsamkeit erhöhen und nie in unserer Kampfbereitschaft nachlassen. Es wäre gefährlich, wenn man nur die Flammen der Revolution lodern, nicht auch den Feind sein Schwert wetzen sähe und glaubte, man könnte sich schon weich in die Kissen betten, nur weil eine ausgezeichnete Lage gegeben ist.'

Die Volksrepublik China ist auf der Hut. Sie wird sich von dem 'Friedensangebot' Nixons nicht beeindrucken lassen. Der USA-Imperialismus geht seinem Untergang entgegen. Denn

DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT
IST REVOLUTION
(Mao Tsetung)

ROTER MORGEN

Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin; Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: D. Schneider, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: D. Schneider, Hamburg 336444; Erscheinungsweise: vierzehntägig; Einzelpreis: 50 Pfennig; Abonnement: Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu überweisen.

DER KREML VERKAUFT DIE SOUVERÄNITÄT DER DDR

Fortsetzung von Seite 1

zonen von Anfang an zu sabotieren versuchten und es Schritt für Schritt (Schaffung der Bizone, der Trizone, Verabschiedung einer separaten Verfassung etc.) hintertrieben. Der endgültige Bruch dieses Abkommens erfolgte mit der schlagartig am 20.6. 1948 erfolgten separaten Währungsreform in Westdeutschland und Westberlin und der am 7.9.1948 erfolgten Gründung der Bundesrepublik. Durch die Durchführung der Währungsreform in Westberlin strömten plötzlich Millionen im Westen entwerteter im Osten noch gültiger Mark in den Osten der Stadt und in die sowjetische Besatzungszone. Die Folge dieses hinterhältigen Anschlags auf das Währungsgefüge der SBZ durch die Westmächte war die Selbstblockade Westberlins vom 25.6.1948 bis 12.5.1949.

Durch diesen Bruch des Potsdamer Abkommens hatten sich aber auch die Westmächte die Rechtsgrundlage für ihr weiteres Verbleiben in Westberlin entzogen. Ihr weiteres Verbleiben dort war illegal. Westberlin war von da ab rechtens ein Teil der DDR auf dessen Gebiet es lag und heute noch liegt. Diese Auffassung wurde von der Sowjetunion unter Stalin und auch einige Jahre später noch vertreten.

Noch im Jahre 1958 stellte die Regierung der DDR in ihrer Antwortnote an die UdSSR über Westberlin fest:

„Mit der Nichterfüllung der gemeinsamen Beschlüsse über Deutschland und mit der Verhinderung einer abschließenden Friedensregelung mit Deutschland durch die Westmächte haben diese jeden Anspruch verloren, sich auf irgendwelche

mus zwecks Aufteilung der Welt in Szene zu setzen. Dazu war er bereit, Vorleistungen zu bieten. Um seinen „guten Willen" zu beweisen, übersandte er den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik 1958 Noten, in denen er anbot, Westberlin in eine „Freie Stadt" eine „selbständige politische Einheit" zu verwandeln. Um der DDR diesen Verrat schmackhaft zu machen, bot er ihr – die am 20.9.1955 ihre Souveränitätsrechte erhalten hatte – an, diese Rechte auf das bis dahin von der Sowjetunion wahrgenommene der Kontrolle über die Zugangswege von und nach Berlin auszudehnen. In der bereits zitierten Antwortnote der DDR an die UdSSR nahm die Ulbricht-Regierung diesen Vorschlag an.

Der Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, mit dem die Chruschtschow-Regierung schon damals in ihrer Note an die Westmächte und die Bundesrepublik hausieren ging, wird an dem Satz deutlich: „Die Sowjetregierung beabsichtigt nicht, Westberlin in die DDR einzubeziehen, ebenso wie sie auch selbst nicht nach territorialen und anderen Eroberungen strebt." **Das bedeutet nichts anderes, als dem Anspruch der DDR auf Westberlin zu einer „territorialen Eroberung" zu erklären.** Die Revisionisten werden einwenden, die Regelung der Westberlinfrage im Sinne der DDR hätte zum damaligen Zeitpunkt und würde auch heute noch zum Krieg führen, da die Stadt von USA und anderen Truppen besetzt sei. Nun gut, wenn man eine Frage zeitweilig nicht lösen kann, dann läßt man es eben, keinesfalls aber darf das bedeuten, Rechtsansprüche aufzugeben, nicht mehr die Frage nach Recht oder Un-

CDU gab ihre vorgespiegelte Zurückhaltung auf. CDU-Vorstandsmitglied Norbert Blüm, laut Nachrichtenmagazin der „Spiegel": „Wenn uns das geglückt wäre, hätten wir den Russen die Füße geküßt." Die westdeutschen Imperialisten, die Herren des Industrie- und Finanzkapitals hatten schon den richtigen Riecher gehabt, als sie vor Zweijahresfrist die Brandt/Scheel-Koalition in den Regierungssessel hievten. Dieses „Entgegenkommen" den Sozialimperialisten gegenüber zahlte sich aus. Was Exnazi Kiesinger, dem Scharfmacher Strauß nicht glücken konnte, – zu sehr war ihre Politik und die ihrer Parteien CDU/CSU in den Augen der sowjetischen Völker mit dem wiederentstandenen aggressiven westdeutschen Imperialismus verknüpft, worauf Rücksicht zu nehmen, die Herren im Kreml nicht umhin konnten, – der „Antinazi" Brandt schaffte es. **Die SPD erwies sich als die mächtigste, brauchbarste Waffe der westdeutschen Monopolbourgeoisie ihre expansionistischen Ziele gegenüber dem Osten zu erreichen.** Was Adenauer, Erhard, Kiesinger polternd und drohend nicht schafften, die Brandt/Scheel erreichten es auf die sanfte, die lächelnde Tour. Konziliant in der Form, selbst ein Kniefall in Polen macht dem Kanzler nichts aus, aber hart in der Sache. **Nichts hat sich an den aggressiven Zielen des westdeutschen Imperialismus geändert: Einverleibung der DDR, weitere Ausdehnung seiner Macht nach dem Osten, nur die Taktik, mit der er dieses Ziel zu erreichen trachtet, ist zeitweilig eine andere.**

Was brachte nun die von den vier Mächten Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich über den Köpfen der DDR – um deren ureigensten Interessen es bei diesem Abkommen ja schließlich ging – ausgehandelte Berlin-Regelung? **Sie brachte eine völlige Kapitulation der Sowjetregierung gegenüber den Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands.** Kein Wort mehr da-



Die vier Kuhhändler

> Die Sowjetregierung beschränkt die Souveränität der DDR, indem sie wieder Verantwortung und Garantie für den zivilen Durchgangsverkehr von und nach Westberlin übernimmt der „in der einfachsten **und** beschleunigsten Weise abgewickelt werden und eine bevorzugte Behandlung genießen wird."

Und dieser Vertrag, dessen Klauseln man wohlweislich den DDR-Bürgern verschwieg, wurde von SED-Chef Honecker freudig begrüßt. Der Ministerrat in Ost-Berlin: „Die Ergebnisse der langwierigen Verhandlungen sind ein Ausdruck der erfolgreichen Außenpolitik der UdSSR." Den Verschacherern von Souveränitätsrechten der DDR sprach der Ministerrat seinen „aufrichtigen Dank" aus. Kann man sich etwas Schamloseres vorstellen?

Der SED-Ableger, die westdeutsche DKP entblödete sich nicht, in ihrer Zeitung UZ folgende Weisheit von sich zu geben: „Die Existenz der DDR als souveräner Staat ist nicht zu ignorieren, und ihre Rechte werden geachtet und anerkannt. So wird denn – durch die Westmächte – in dem Abkommen die DDR in allen Punkten anerkannt, wo sie betroffen ist: beim Transit nach Westberlin, bei den Visa- und Straßenbenutzungsgebühren usw. An entsprechenden Punkten ist zu sehen, daß an der Anerkennung der

vor allem mit Polen und der CSSR Bündnispolitik zur Aufrechterhaltung der „Sonderrolle" der DDR zu betreiben, wird aufgegeben. Stattdessen zügellose Hetze gegen alle Unabhängigkeitsbestrebungen und revolutionäre Entwicklungen im Ostblock. (Auch unter Ulbricht war schon die DDR an erster Stelle am Überfall auf die CSSR beteiligt) Das neueste Beispiel des Honecker-Kurses liefert die zügellose Hetze gegen Rumänien und die Volksrepublik China.

Diese Kettenhunde der Kreml-Zaren sind auch die Unterdrücker der Arbeiterklasse der Werktätigen in der DDR. Ist aber nicht auch die Einsetzung dieser neuen Lakaien der Sozialimperialisten ein Zeichen dafür, daß unsere ostdeutschen Klassenbrüder beginnen, das Wesen der neuen Bourgeoisie zu durchschauen und den Kampf gegen sie aufgenommen haben. Ein Zeichen dafür, daß sie weder den Raub der Souveränitätsrechte der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten noch die Kapitulation vor den westdeutschen Imperialisten und Militaristen dulden werden? Genausowenig wie sie die Absprachen der west- und ostdeutschen Bourgeoisie zur gemeinsamen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten dulden werden, die sich unter dem Deckmantel „innerdeutscher Gespräche" abzuzeichnen beginnt.

Rechte zu berufen. Im Hinblick auf Westberlin bedeutet das notwendigerweise die Liquidation des Besatzungsregimes und den Abzug der Truppen der drei Westmächte. Eine Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und ein weiteres Verbleiben der westlichen Truppen in Westberlin unter Bruch der Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens ist eine völkerrechtswidrige Intervention.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstreicht die Tatsache,daß die Rechtslage in Berlin entsprechende und natürlichste Lösung zur Beseitigung der akuten Gefahren, die sich gegenwärtig aus der Existenz des Spannungsherdes Westberlin ergeben, die wäre, die Ausübung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik in bezug auf ganz Berlin zu verwirklichen und Westberlin in vollem Umfang in die Hoheitsgewalt der Deutschen Demokratischen Republik auf deren Territorium Westberlin gelegen ist, einzugliedern."

Warum wurde diese korrekte Forderung der DDR nicht verwirklicht? Immerhin hatten die Westmächte und der westdeutsche Imperialismus Westberlin in eine „Frontstadt", in einen „Pfahl im Fleisch der DDR", in ein Aggressions- und Spionagezentrum verwandelt, von dem aus laufend Spionage- und Sabotageakte gegen die DDR erfolgten. Hatten sie allein in den Jahren von 1950 bis 1957 8 Milliarden DM aufgewandt, um Westberlin in ein sogenanntes „Schaufenster des Westens" zu verwandeln.

Diese Forderung wurde nicht verwirklicht, weil Chruschtschow gerade zu der Zeit daran ging, seine Politik der Zusammenarbeit, der Kollaboration mit dem USA-Imperialismus mehr die Frage nach Recht oder Unrecht zu stellen, oder verzichtet die Volksrepublik China etwa auf ihren berechtigten Anspruch auf Taiwan, obwohl die Insel zur Zeit von US-Truppen besetzt ist.

Zeigte sich schon damals, daß die Herren im Kreml bedenkenlos bereit waren, sich über die Interessen der Bevölkerung der DDR hinwegzusetzen, so zeigen die Chruschtschow-Nachfolger heute, daß ihnen Recht und Souveränität der DDR einen Dreck wert sind, daß sie meinen, die Bajonette ihrer Truppen und eine ihnen sklavisch hörige Regierung würden ausreichen, um die Werktätigen der DDR daran zu hindern, sich gegen den stückweisen Verkauf ihrer Interessen an die westdeutschen Imperialisten zur Wehr zu setzen.

Schon bei der Unterzeichnung des sogenannten Gewaltverzicht-Abkommen zwischen der UdSSR und BRD im vergangenen Jahr war deutlich geworden, wie weit die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrer Kollaborations- und Kapitulationspolitik gegenüber dem westdeutschen Imperialismus zu gehen bereit waren. **Hatten sie vorher noch groß getönt, die Unterzeichnung des Abkommens ohne gleichzeitige Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik käme nicht in Frage, so war bei der Unterzeichnung am 12.8. davon mit keinem Wort mehr die Rede. Stillschweigend beugte man sich dem Diktat der Brandt-Regierung: Berlin-Regelung in unserem Sinn oder es wird nicht ratifiziert.**

Nun ist sie da, diese Berlin-Regelung. Sehr zur Freude der westdeutschen Imperialisten, die es nicht versäumten, den Kreml-Bossen ob ihrer Dienstbereitschaft kaum eingeschränktes Lob zu zollen. Sogar die von, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt, kein Wort mehr von Westberlin als „Freie Stadt", „selbständige politische Einheit" oder „besondere politische Einheit und Gebilde". **Ganz offen wurde die Annexion Westberlins durch die Bundesrepublik beschlossen.** Das Verhandlungsergebnis besagt:

> Die Sowjetregierung akzeptiert, daß die wirtschaftlichen, finanziellen, rechtlichen und kulturellen „Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik aufrechterhalten und entwickelt werden" können.
>
> Die Sowjetregierung akzeptiert fortan die Außenvertretung West-Berlins durch Bonn genau in der Form, in der die Westalliierten sie der Bundesregierung übertragen haben.
>
> Die Sowjetregierung akzeptiert ausdrücklich Sitzungen von Bundestags-Ausschüssen und -Fraktionen in Westberlin sofern sie nicht massiert stattfinden und ihnen Berlin-Beratungsthemen „zur Aufrechterhaltung und Entwicklung" zwischen Bonn und Westberlin zu Grunde liegen.
>
> Die Sowjetregierung akzeptiert, daß in Zukunft die Westberliner Bundespässe erhalten, mit denen sie in die Sowjetunion und andere Warschauerpaktstaaten einreisen können. Ebenfalls Reisen nach Ost-Berlin und in die DDR werden Westberlinern wie Bundesbürgern erlaubt.
>
> Die Sowjetregierung bestätigt die originären Rechte und Verantwortlichkeiten der drei Westmächte in ihren Sektoren in Westberlin und erhält dafür ein Konsulat im Westen der Stadt.

DDR kein Weg vorbeiführt."

Das ist von vorn bis hinten gelogen. Die Bundesregierung denkt nicht im Traum daran, die DDR anzuerkennen. Selbst wenn es später zu einer Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO kommen sollte, wird der westdeutsche Imperialismus die DDR nicht anerkennen, um sich für den Fall eines Falles das „Recht" auf eine militärische Eroberung der DDR vorzubehalten.

Jetzt wissen wir auch, warum Ulbricht in Krankheit geschickt wurde. Ulbricht war sicher ein Renegat, ein Verräter am Kommunismus. Er selbst hat oft genug das schmutzige Geschäft des stückweisen Ausverkaufs der DDR-Souveränität durch die Sowjetunion mitgemacht. Er trägt die Verantwortung vor der deutschen Arbeiterklasse dafür, daß der Kampf um ein einiges, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgegeben wurde. Er hat eine Mauer um seinen „sozialistischen" Staat bauen lassen und den Kampf gegen den Klassenfeind innerhalb und ausserhalb der DDR aufgegeben, verraten. Er selbst gehört ja schließlich zur „neuen Bourgeoisie" der DDR!

Aber Ulbricht war auch störrisch und eigensinnig. Die „Sonderrolle", die er aufgrund der besonderen politischen, strategischen und ökonomischen Lage der DDR im Warschauer Pakt beanspruchen und ausnutzen konnte, trat immer mehr im Widerspruch zur Großmachtpolitik der neuen Kreml-Zaren. Deshalb brachte die Breshnew-Clique den ergebenen Stiefellecker Honecker und seine Mannschaft ans Ruder. Aus ist es mit der „Sonderrolle" der DDR. Jetzt heißt es „sozialistische Integration". Die Sowjetunion und ihr Juniorpartner die DDR beherrschen die RGW. Der Versuch Ulbrichts,

Was hat nun die sowjetischen Sozialimperialisten veranlaßt, gegenüber dem westdeutschen Imperialismus die Zugeständnisse in der Westberlinfrage zu machen?

Wie schon das Nachrichtenmagazin der „Spiegel" schrieb: „Die Sowjets waren bereit, sich die Entspannung in Mitteleuropa etwas kosten zu lassen, weil sie sich für die Auseinandersetzungen in Ostasien den Rücken freimachen . . . wollten." **Mit anderen Worten: Sie bereiten einen Krieg gegen die Volksrepublik China vor. Deshalb ihr Liebäugeln mit den westdeutschen Imperialisten, deshalb ihr Wunsch nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die Aufnahme von Verhandlungen über den beiderseitigen Truppenabzug.**

Doch diese Politik der Sozialimperialisten, die mit dem Moskauer Vertrag eingeleitet wurde und dessen Ratifizierung durch den Bundestag sie sich für das kommende Frühjahr erhoffen, birgt auch den Keim neuer Widersprüche in sich. Ihre Kollaboration mit dem wiedererstarkenden westdeutschen Imperialismus, der seinen Platz an der Sonne will, hat einerseits das Ziel den Einfluß des USA-Imperialismus in Europa zu schmälern, andererseits aber haben sich die beiden Supermächte noch fester in Deutschland eingeigelt. Ihre „Vier-Mächte-Verantwortung" wollen sie als ewiges Faustpfand ihrer Anwesenheit in Mitteleuropa nicht aus der Hand geben. Hierbei stehen sie wieder brüderlich beisammen.

Auch die angestrebte europäische Sicherheitskonferenz, die angeblich im Frühjahr 1973 stattfinden soll, ist für die sowjetischen Sozialimperialisten ein zweischneidiges Schwert.

→

Tod dem Faschismus !

Die faschistischen Organisationen in Westdeutschland und West-Berlin haben zum 'Sternmarsch' aufgerufen. Die Parole dieses 'Freiheitsmarsches': 'Deutschland, wir kommen. Kämpft mit uns für ein neues Reich !'

Wer da kommt, den kennen wir !

Jeder, der das 1000jährige Reich mitgemacht hat, weiß, was Faschismus ist. Er ist die totale Knechtung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unter dem Stiefel einiger größenwahnsinniger und demagogischer Handlanger des Kapitals. Der Faschismus, das ist nicht nur die totale Ausbeutung und politische Entrechtung des eigenen Volkes, sondern auch die Ausplünderung und Unterdrückung der anderen Völker.

Ernst Thälmann sagte: 'Der Faschismus - das ist der Krieg !'

DER KREML VERKAUFT DIE SOUVERÄNITÄT DER DDR

(Schluß)

Einerseits wird eine solche Konferenz, an der alle europäischen Nationen teilnehmen sollen, ihnen die Möglichkeit bieten, den USA-Konkurrenten zurückzudrängen. Andererseits aber wird die Sowjetunion nicht verhindern können, daß die in ihrem Einflußbereich liegenden osteuropäischen Staaten ebenfalls versuchen werden, wie ihr Herr und

Immer schon machten die Faschisten das größte Geschrei um die Nation. Doch was steckte dahinter ? Die von ihnen so großartig vertretenen 'nationalen Interessen' waren nichts weiter als die Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie. In ihrer aggressiven Art verkündeten sie damals wie heute ihre großdeutschen Eroberungspläne - und einmal an die Macht gekommen, zerstören sie die Nation und die halbe Welt.

Diese Arbeiterfeinde der übelsten Sorte, diese Todfeinde jeglicher Demokratie dürfen sich hier in Berlin mit der indirekten Billigung des sozialdemokratischen Senats wieder öffentlich versammeln. Ja, die deutschen Altnazis scheuen sich heute nicht, die von ihnen selbst erzeugten Resultate 'deutscher' Politik dazu zu verwenden, den berechtigten Wunsch der Bevölkerung nach Einheit der deutschen Nation demagogisch für ihre imperialistischen Eroberungspläne auszunutzen. Sie fordern öffentlich zur militärischen Annexion der DDR und der ehemaligen deutschen Ostgebiete auf. Doch die Geschichte zeigt: Unter dem Stiefel des Imperialismus kann es keine Einheit geben.

DAS PROLETARIAT IST DIE KRAFT,



DAS BRAUNE GESINDEL VERSAMMELT SICH IN BERLIN

nach West-Berlin abziehen. Mit der Billigung des sozialdemokratischen Berliner Senats im Rücken und auf die 'Erfolge' der jahrelangen Verhetzung der Bevölkerung durch die Springerpresse rechnend, sahen sie in diesem Jahr eine willkommene Gelegenheit, in West-Berlin für ihre reaktionären und aggressiven Ziele Propaganda zu machen.

Die KPD/ML hatte die Pflicht, diesen nach Berlin gekommenen Altnazis den Kampf anzusagen. Die erste Grundbedingung für diesen Kampf war die Herstellung der Aktionseinheit der marxistisch-leninistischen Kräfte in West-Berlin. Die KPD/

darum auf zur antifaschistischen Aktionseinheit aller linken Kräfte, wählt SEW, Sozialisten ins Rathaus'. Doch die von ihnen so angeflehten 'linken Kräfte' ließen sich in ihrer Mehrheit. von dem Schreckgespenst der 'akuten Faschisierung' nicht täuschen, mit dem die SEW hausieren ging und durchschauten das Betteln um 'Aktionseinheit' als ein plumpes Manöver des Stimmenfangs. Jetzt aber, als die Faschisten in Berlin wirklich aufs Tapet traten, war von der SEW nichts mehr zu hören und zu lesen. Vermutlich mußte sie erst einmal die Vier-Mächte-Verhandlungen abwarten, wo Berlin ge-

('Da gehören wir dazu, rin in die Reihe'), versammelte sich auf dem Hermannplatz. Als wir zum Hermannplatz einbogen, bekamen wir spontanen Beifall der Bervölkerung. Unter den Parolen 'Arbeitereinheit schlägt Faschismus', 'Das Monopolkapital als Träger des Faschismus', 'Kampf dem Revisionismus, dem Spalter der Arbeiterklasse', 'Kampf der Kuhhandelspolitik des sowjetischen Imperialismus mit dem USA- und BRD-Imperialismus', 'Gegen die Verschacherung der DDR', 'Für ein einiges unabhängiges sozialistisches Deutschland' wurde eine beeindruckende Kundgebung abgehalten. Es ergaben sich viele engagierte Diskussionen und und Kontakte auch mit älteren Genossen aus der SEW, die ihren revisionistischen Führern den Rücken kehren wollen. Besonders lehrreich waren auch einige Gespräche mit faschistisch beeinflußten Kollegen, die uns zeigten, daß selbst bei ihnen im konsequenten Kampf gegen demagogische Verhetzung durch Entlarvung des wahren Charakters des Faschismus als dem rücksichtslosesten und brutalsten Feind der Arbeiterklasse, es möglich ist, die Einheit der Basis zu schaffen.

Die Faschisten selber, die etwa 150 Mann aufgeboten hatten, bekamen es trotz massiven Polizeischutzes mit mehreren Wasserwerfern mit der Angst zu tun und zerstreuten sich.

Unter dem Eindruck der Stärke und Geschlossenheit

versuchen werden, wie im Herr und Meister Beziehungen zu den westlichen Ländern aufzunehmen. Ihre Loslösungsbestrebungen werden sich verstärken.

Genauso werden die europäischen Nationen nicht tatenlos zusehen, wie der raubgierige westdeutsche Imperialismus wieder seine volle Kraft zu entfalten beginnt und seine Expansion und Aggression sowohl nach dem Osten wie nach dem Westen richtet. Die Widersprüche in der EWG, die Versuche Frankreichs sich dem westdeutschen Vorherrschaftsstreben entgegenzustellen, die Versuche der Sowjetunion, diesen Widerspruch durch „Verbesserung der sowjetisch-französischen Beziehungen" für sich auszunutzen – all das spiegelt eindeutig das ganze Ausmaß der Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus wider.

Die entscheidende Kraft aber in diesem ganzen Totentanz des sterbenden Imperialismus sind die Volksmassen unter der Führung der revolutionären Klasse, dem Proletariat und seiner Partei.

Die KPD/ML wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die „Wiedervereinigung" Deutschlands nicht nach den Plänen der Imperialisten abläuft. Sie wird alle Machenschaften der westdeutschen Imperialisten und ihrer Handlanger aufdecken, die die Souveränität der DDR beeinträchtigen, da die Vorbereitung von Aggression und Expansion auch verbunden ist mit der verschärften Niederhaltung der westdeutschen und westberliner Werktätigen. Sie wird alle Verrätereien der revisionistischen Führungsclique in der DDR entlarven, die dem westdeutschen Imperialismus seine Aggressionsabsichten erleichtern. Wir werden jedes sich anbahnende Komplott zwischen den Bourgeoisien beider deutscher Staaten aufdecken, das den Kampf der deutschen Arbeiterklasse um nationale Einheit verhindern soll. Wir wissen, daß ein einiges, freies, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, das wir erstreben, nur erreicht werden kann durch die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten.

KRAFT, DIE DIE EINHEIT SCHAFFT !

Darum waren und sind die Kommunisten als Vorhut der Arbeiterklasse die konsequentesten Kämpfer für Einheit und Unabhängigkeit der Nation.

So beginnt der Aufruf des Landesverbandes West-Berlin der KPD/ML zur antifaschistischen Demonstration. Am 13. August 1971, zum 10. Jahrestag des Mauerbaus, wollten die Faschisten ihr Spektakel, den 'Sternmarsch' Kräfte in West-Berlin. Die KPD/ML und einige Gruppen der marxistisch-leninistischen Bewegung einigten sich auf die Abhaltung einer gemeinsamen Gegenkundgebung mit gemeinsamer Rede, die zur gleichen Zeit und am gleichen Platz wie der Aufmarsch der Faschisten stattfand. Mit dieser Kundgebung wurde den Faschisten eine gebührende Abfuhr erteilt.

Am deutlichsten aber hat sich bei dieser Aktion die arbeiterverräterische Rolle der SEW gezeigt. Noch im Februar dieses Jahres zeterten sie, 'der Faschismus steht vor der Tür, rade an die Bundesrepublik verkauft wurde. Die Angst vor Stimmenverlust im Nacken, wollte sie nicht gerade an diesem 'unpopulären' Tag des Mauerbaus ihre noch unpopuläreren revisionistischen Phrasen dem angeblichen 'Antikommunismus der West-Berliner Bevölkerung' aussetzen. Doch die so 'antikommunistische West-Berliner Bevölkerung' stimmte gegen sie.

Ein fest geschlossener Block von etwa 1000 Antifaschisten, darunter viele SEWler und SPDler, die sich spontan mit der Aktion solidarisierten der antifaschistischen Demonstration in West-Berlin am 13. August 1971 schrieb uns eine alte KPD-Genossin folgendes Gedicht:

Heute sah ich euch mit roten Fahnen
ziehn durch die Straßen von Berlin.
Ihr sangt die Internationale,
und ich konnt nicht mit euch gehn.
In jungen Jahren tat ich dasselbe
und kämpfte für eine bessere Welt.
Die Nazis setzten dem ein Ende.
Doch ich legte nicht in den Schoß
die Hände.
Ich möchte wieder mit euch ziehn,
möcht rufen und die Faust erheben.
Freiheit für alle ist das Ziel.

Antifaschistischer Kampf und Parteiaufbau..

Eine Kritik an dem Artikel 'Erklärung der Ortsgruppe Freiburg' im ROTEN MORGEN Nr. 2/71.

Die vorliegende Kritik will einige Aspekte zum antifaschistischen Kampf im allgemeinen sowie zum Verhältnis von antifaschistischem Kampf und Parteiaufbau im besonderen darlegen.

Im Roten Morgen 2/71 ist eine Erklärung der Ortsgruppe Freiburg abgedruckt worden. Es handelt sich um eine Erklärung darüber, warum die Ortsgruppe Freiburg zu antifaschistischen Aktionen in Freiburg geschwiegen bzw. sich nicht beteiligt hat. Diese Erklärung ist äußerst fadenscheinig und offenbart sowohl eine sektiererische Linie im antifaschistischen Kampf als auch das Unvermögen, die Beziehung zwischen der Gewinnung der Vorhut der Arbeiterklasse und Kampf gegen den Faschismus als dialektische Einheit zu betrachten.

Während sich der 'KJVD' den Revisionisten anbiedert und ihnen hinterhertrabt, kapselt sich die Ortsgruppe Freiburg ab und überläßt ihnen das Feld.

Wie ist es zu dieser Erklärung gekommen ?

In Freiburg veranstalteten die Faschisten der AKON, NPD, 'Aktion Widerstand' usw. eine Demonstration zum 100. Jahrestag der 'Reichsgründung', um reaktionäres und chauvinistisches Gedankengut in die Massen zu tragen. Die Ortsgruppe Freiburg weigerte sich, an einer Gegendemonstration teilzunehmen. Darüberhinaus versäumte sie es, rechtzeitig eine öffentliche Begründung für diese Haltung abzugeben. Die Ortsgruppe sagt nun, daß Kritik und Unverständnis (von wem übrigens ?) n u r deshalb aufgetreten seien, weil die Ortsgruppe ihren Standpunkt nicht rechtzeitig öffentlich dargelegt habe.

Das ist aber der erste große Irrtum

Es wird diesmal, im Gegensatz zu 1933, beim Versuch der Errichtung bleiben. Denn DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION. Aber beim Versuch

der Genossen. Es ruft nämlich in jedem Fall Kritik und Unverständnis hervor, wenn die kommunistische Partei tatenlos dem Treiben der Neonazis zusieht !

Daran ändert auch die nachträglich herausgegebene Erklärung nichts, im Gegenteil, die weiteren 'Irrtümer' der Genossen geben noch mehr Anlaß zu Kritik.

In der Erklärung heißt es, 'offen faschistische Organisationen' hätten eine 'doppelte Funktion'. Es bleibt offen, welches die Hauptsache bei dieser 'doppelten Funktion' darstellt. Ein Buhmann für die herrschenden bürgerlichen Parteien sind sie zwar, aber in erster Linie sind es die Sturmtruppen für die Errichtung des Faschismus.

bleibt es nur deshalb, weil die Bourgeoisie letztendlich durch den bewaffneten Kampf der revolutionären Volksmassen daran gehindert wird.

Die Ortsgruppe Freiburg hingegen betrachtet die Neonazis in der Praxis als Buhmann der herrschenden Parteien. Damit fällt sie aber genau auf die Dopnötig aufwerten'. Damit fällt sie aber genau auf die Doppeltaktik der Bourgeoisie herein, die die Neonazis als unbedeutend, dahinsiechend, als 'nicht in unsere politische Landschaft passend' (Strauß) darstellen möchte, um die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Volksmassen von diesen Erzfeinden des Proletariats abzulenken, um die Massen einzuschläfern.

Darauf dürfen wir aber auf keinen Fall hereinfallen, sondern müssen den Faschismus bekämpfen, in welcher Gestalt er auch auftritt.

Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft !

Keinesfalls können wir dulden, daß die Neonazis den Sieg des preußischen Militarismus vor hundert Jahren unbehelligt feiern. Die Teilnahme der Revisionisten an Gegendemonstrationen darf uns nicht hindern. Im Gegenteil, wir müssen mit allen Mitteln versuchen,

einer solchen Aktion die richtige Richtung zu geben, die konsequent antifaschistische Linie wahrer Kommunisten durchzusetzen.

Unsere Verfasser aber beweisen mit ihren Rechtfertigungsversuchen für ihre sektiererische Haltung, daß ihnen ziemlich unklar ist, wie der Kampf gegen den Faschismus zu führen ist.

Da der Versuch der Errichtung des offenen Faschismus, durch welche Partei auch immer, das letztendlich einzige Mittel der Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus ist, um die Herrschaft über das Proletariat aufrechterhalten zu können, arbeitet die Bourgeoisie von vornherein auf dieses Ziel hin. Der Grund dafür liegt in der rasanten Verschärfung des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Zeitalter des Imperialismus, der sehr rasch die letzten Fetzen des 'demokratischen Schleiers' davonfliegen läßt.

Deshalb steht der Kampf gegen den Faschismus von vornherein auf der Tagesordnung der Partei des Proletariats. Und der Sieg über den Faschismus stellt dann die Errichtung der Diktatur des Proletariats dar, zumindest mündet er unmittelbar in sie ein.

Die Erfahrungen von vor 1933 haben gezeigt, daß der Faschismus nur durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse zu besiegen ist. Die Rolle der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, besteht dann darin, diesen bewaffneten Kampf anzuführen, voranzugehen, wie es der Avantgarde würdig ist. Die anderen antifaschistisch und demokratisch gesonnenen Teile des Volkes werden in diesem Moment am bewaffneten Kampf teilnehmen, ohne Rücksicht auf Partei- oder Religionszugehörigkeit. Das siegreiche Proletariat aber, einmal bewaffnet, wird dann die Lehren der Pariser Kommune beachten und die Waffen nicht mehr aus der Hand geben, den bürgerlichen Staatsapparat restlos zerschlagen und seine Diktatur bis zum Kommunismus ausüben.

In der Periode vor dem Versuch der Errichtung des offenen Faschismus muß die KPD/ML durch ihre Agitation und Propaganda, durch Aktionen verschiedener Art, gegen alle Versuche der Faschisierung, wie dem Abbau demokratischer Rechte, der Schaffung und Anwendung von Terrorgesetzen, dem Aufbau neonazistischer Terrorgruppen usw. das kämpferische Bündnis mit allen antifaschistischen und demokratischen Teilen des Volkes ausbauen, festigen und führen bis zu seiner höchsten Form, dem bewaffneten Kampf.

Bei dieser Betrachtungsweise gehe ich davon aus, daß die KPD/ML den proletarischen Massen bereits das sozialistische Bewußtsein in einem für die Machtergreifung hinreichend Umfang gebracht hat, daß sie zum führenden und organisierenden Kern der Arbeiterklasse geworden ist, die politisch führende Rolle im Klassenkampf erlangt hat.

Bei der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland ist es jedoch so, daß die Bourgeoisie hauptsächlich mit anderen Mitteln als dem offenen faschistischen Terror und der offen faschistischen Propaganda das Proletariat am Boden hält. Von sozialistischem Bewußtsein ist noch sehr wenig zu spüren, vor allem deshalb, weil ihre Partei, die KPD/Marxisten-Leninisten, sich noch immer am Anfang ihrer Entwicklung befindet. Darüberhinaus ist die Partei, wie die gesamte sozialistische Bewegung, von großer ideologischer und organisatorischer Zerfahrenheit gekennzeichnet. Bei dieser Lage können wir uns selbstverständlich nicht einbilden, wir könnten die Arbeiterklasse geschweige denn gar ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und anderen Klassen und Schichten führen. Das haben die Freiburger Genossen richtig erkannt. Aber sie haben daraus nicht die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Zwar darf derzeit in unserer politischen Agitation und Propaganda der Kampf gegen den Faschismus nicht zum Hauptsächlichen werden, aber wir müssen die Nebenseite im Auge behalten. Sehr schnell kann die Nebenseite an Bedeutung gewinnen: es sei an die hohen Stimmengewinne der Neonazis in der Krise 66/67 erinnert !

Die Freiburger Genossen aber lassen die Nebenseite in der Praxis völlig außer acht und konstruieren einen Gegensatz zwischen dem Kampf gegen den Faschismus und 'Gewinnung der Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus'. In Wirklichkeit besteht hier kein Gegensatz, sondern das eine geht micht ohne das andere.

ROTER MORGEN

AN ALLE ABONNENTEN

Liebe Genossen und Freunde !

Der ROTE MORGEN erscheint künftig alle vierzehn Tage; statt 12 Exemplaren im Jahr bekommt Ihr nun 26 Zeitungen im Jahr zugeschickt. Trotz des häufigeren Erscheinens unseres Zentralorgans hat sich der Abonnementpreis nicht verändert, er beträgt nach wie vor im Inland 11,-- DM einschließlich Porto und im Ausland 11,-- DM zuzüglich Porto, da ja der Einzelpreis seit der Nr. 6/71 auf 50 Pfennig halbiert werden konnte. Ihr erhaltet also in Zukunft den ROTEN MORGEN 26mal im Jahr, jeden zweiten Montag, zum gleichbleibenden Preis.

Wir bitten Euch, alle noch offenstehenden Abonnementgebühren auch ohne Mahnung zu bezahlen und auch jeweils unaufgefordert den Abonnementpreis für ein Jahr im voraus auf das Hamburger Postscheckkonto 3364 44 (D. Schneider) zu überweisen. Ihr erleichtert unsere Arbeit damit erheblich. Vielen Dank.

ROT FRONT !

Verlagskollektiv Roter Morgen



Wie bauen wir denn denn die bolschewistische Partei auf und wie tragen wir das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse ?

Damit die KPD/ML zum führenden Kern der Arbeiterklasse wird, muß sie die Strategie und Taktik der westdeutschen Revolution erarbeiten, muß sie

pagierung der 'reaktionärsten Form der bürgerlichen Ideologie' (Roter Morgen 1/71) mit Wort und Tat bekämpfen.

Unter diesen Voraussetzungen len-

zweifelsohne recht.

Sehen wir aber, wie die Ortsgruppe Freiburg, tatenlos dem Treiben der Neonazis zu, dann überlassen wir Re-

klasse kann nur eine kämpferische Einheit von unten sein und ist durch eine starke marxistisch-leninistische Fraktion in der Arbeiterklasse herzustellen.'
(Über den Zusammenhang zwischen Schaffung einer 'starken marxistisch-leninistischen Fraktion in der Arbeiterklasse' und Kampf gegen den Faschismus habe ich bereits oben hingewiesen.)
Weiter: 'Angesichts der schwachen Verankerung des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterklasse kann diese Einheit

alle Kommunisten der Meinung, daß wir im Kampf gegen die Bourgeoisie kein Mittel von vornherein ausschließen dürfen. Ein Bündnis mit der DKP auf organisatorischer Ebene kann genauso ein Mittel im Klassenkampf sein, wie z.B. ein organisatorisches Bündnis mit Jungdemokraten oder Jungsozialisten sein, wie es verschiedentlich schon vorgekommen ist. Es hängt auch hierbei von unserem Standpunkt und unserer taktischen Konzeption ab.

mit ihrer Agitation und Propaganda zunächst hauptsächlich die Fortgeschrittensten des Proletariats auf das Niveau der revolutionären Marxisten-Leninisten heben, in die Partei aufnehmen und zu Kadern heranbilden. Deshalb haben wir im Frühjahr des vergangenen Jahres gesagt, daß im Verhältnis zwischen Agitation und Propaganda die Propaganda die Hauptseite ist. Für unsere Agitation und Propaganda müssen wir allseitige politische Enthüllungen über das kapitalistische Ausbeutersystem, die Diktatur der Bourgeoisie bringen. Dazu gehören selbstverständlich Enthüllungen über sämtliche Methoden der Bourgeoisie, Staat und Gesellschaft zu faschisieren.

In unserer Propaganda müssen wir den untrennbaren Zusammenhang zwischen Imperialismus, Faschismus und Krieg aufzeigen, den Arbeitern die Rolle des Staates erklären und die Notwendigkeit und Methoden der Abschaffung des bürgerlichen Systems vermitteln.

Daraus folgt, daß wir auch die Methode des Aufbaus neonazistischer Gruppen, die jetzt schon mit den Terrorpraktiken von SA und SS aufwarten, anprangern müssen. Wir müssen die Proken wir weder von der 'Hauptaufgabe aller Revolutionäre und besonders der Marxisten-Leninisten, zunächst die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen' ab noch lenken wir so 'vom Hauptfeind (der Bourgeoisie)' ab, wie die Freiburger Genossen meinen. Daher ist es völlig verkehrt, wenn die Ortsgruppe Freiburg schreibt: '....., eine Gegenreaktion (gegen die Neonazis) sei falsch, weil sie ... unter den gegenwärtigen Voraussetzungen vom Hauptfeind ablenken würde.'

Ob eine Gegenreaktion gegen die Neonazis von der Monopolbourgeoisie ablenkt oder nicht, das hängt eben von unserer Agitation und Propaganda ab. Gerade der 100. Jahrestag der 'Reichsgründung', gefeiert von Neonazis, ist sehr gut für unsere Agitation und Propaganda geeignet.

Hätten sich die Verfasser darauf beschränkt, zu schreiben, daß es eine Ablenkung vom Hauptfeind bedeutet, wenn man sich, wie es die DKP und der KAB/ML - 'Revolutionärer Weg' (eine rechtsopportunistische Sekte) tun, beim Thema Faschismus nur auf den Neonazismus und den Klerikofaschismus beschränkt und den Sozialfaschismus außer Acht läßt, dann hätten sie

Neonazis zu, dann überlassen wir Revisionisten und Reformisten sowie den sozialen Demagogen von SPD und gar der CDU das Feld. Da nützt es wenig, wenn man, wie die Verfasser, hinterher einsieht, 'daß sich eine falsche revisionistische Linie in bezug auf den Kampf gegen die Faschisten durchgesetzt hatte'. Zumal sich bei der Ortsgruppe Freiburg ebenfalls eine falsche, und zwar 'links'sektiererische Linie durchgesetzt hatte.

Nochmals zum Verhältnis zwischen der Gewinnung der Vorhut des Proletariats für den Kommunismus und dem Kampf gegen den Faschismus:

Die Agitation und Propaganda gegen den Faschismus ist ein wichtiger Bestandteil unserer gesamten Agitation und Propaganda, die eben gerade der Gewinnung der Vorhut für den Kommunismus dient.

Eine Partei jedenfalls, die nicht von vornherein gegen den Faschismus kämpft (und nicht erst dann, wenn die 'Monopolbourgeoisie sich hauptsächlich auf sie (die Faschisten) stützt', wie die Verfasser meinen) wir die Vorhut des Proletariats nicht für den Kommunismus gewinnen.

der Arbeiterklasse kann diese Einheit nur eine Einheit ohne Massen, eine Einheit unter der Führung (eben !) der Revisionisten und Reformisten sein.'

Was die Einheitsfront betrifft, so macht diese, wie jedes Ding eine Entwicklung durch. Je nach Bewußtseinsgrad der Arbeiterklasse und der übrigen unterdrückten Volksmassen und der realen politischen Bedeutung der Faschisten ist diese Einheitsfront eben mahr oder weniger massenhaft, wird sie eben mehr oder weniger von Revisionisten und Reformisten beeinflußt. Kein denkender Mensch wird z.B. abstreiten wollen, daß die Einheitsfront hunderttausender vor der Bundestagswahl ihren Teil dazu beigetragen hat, daß die NPD nicht das Parlament für vier Jahre als Tribüne benutzen konnte.

Die Einheitsfront gegen den Faschismus steht von vornherein auf der Tagesordnung. Sie ist nur nicht von vornherein und zu jeder Zeit eine Einheitsfront der demonstrierenden Massen. Daß diese Einheitsfront weitgehend von Revisionisten und Reformisten beherrscht wird, muß für uns ein Grund mehr sein, uns an antifaschistischen Aktionen zu beteiligen, um dabei unsere Linie durchzusetzen und die Unentschiedenen für unsere Linie zu gewinnen.

Zur Frage des Bündnisses mit anderen politischen Gruppen und der Einheitsfront gegen den Faschismus.

Ein ganz besonders aufmerksamer Leser mag nun einwenden: Die Ortsgruppe Freiburg sagt ja nicht direkt, der 'Kampf' gegen den Faschismus stehe nicht auf der Tagesordnung, sondern die 'Einheitsfront' gegen den Faschismus stehe zur Zeit nicht auf der Tagesordnung.

Welche Gründe führen die Verfasser dagegen an ?

Erstens steht bei der Ortsgruppe Freiburg auch der Kampf gegen den Faschismus nicht auf der Tagesordnung. Sie hat sich schließlich geweigert, an einer Gegenaktion gegen die Neonazis teilzunehmen.

Zweitens steht die Einheitsfront gegen den Faschismus zur Zeit sehr wohl auf der Tagesordnung.

Welche Gründe führen die Verfasser dagegen an ?

1. 'Eine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt es in Deutschland erst in Ansätzen.'

Diese Begründung ist ein kompletter Unsinn. Denn dann wäre eine Einheitsfront mit allen Antifaschisten nur abhängig vom politischen Reifegrad der Arbeiterklasse und nicht auch von der objektiven ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und damit auch nicht von der wachsenden Bedeutung des Faschismus. Stand denn etwa in den Jahren 1967-1969, als die 'Ansätze' einer revolutionären Arbeiterbewegung noch kleiner waren als heute, als aber die Neonazis mit z.T. über 10 % Wählerstimmen in sämtliche Landtage einzogen, die Sozial- und Klerikofaschisten die Notstandsgesetze durchpeitschten und die Polizei mit faschistischem Terror gegen Demonstranten vorging, stand da die Einheitsfront gegen den Faschismus etwa nicht auf der Tagesordnung ?

2. 'Die Einheitsfront der Arbeiter-

Somit komme ich zur Frage des Bündnisses mit anderen politischen Gruppen.

Hierbei ist offenbar eine Übereinstimmung des ZK mit der 'Freiburger Linie' festzustellen, die im gleichen Roten Morgen noch von Frankfurt geteilt wird. Es heißt auf Seite 6 unten: 'Sie, (die KPD/ML) lehnt es aufgrund eines Beschlusses prinzipiell ab, Bündnisse mit Revisionisten auf organisatorischer Ebene einzugehen.' Um welchen Beschluß es sich dabei handelt, wann und von wem er gefaßt wurde, ist unbekannt. Der Beschluß wurde jedenfalls in der Partei nicht diskutiert.

Dieser Beschluß ist geeignet, der Partei ein Mittel im Klassenkampf vorzuenthalten. Bisher waren

unserer taktischen Konzeption ab, ob wir den Revisionisten hinterhertrotten oder nicht

Die Begründung für diesen Beschluß, wie sie im Roten Morgen steht, ist jedenfalls lächerlich, da man als Grund den Opportunismus des KJVD anführt. Wir sind nicht der KJVD !

Wie zur Ergänzung schreibt die Ortsgruppe Freiburg auf Seite 7: 'Einen davon (vom Kampf gegen den modernen Revisionismus) losgelösten Kampf gegen die Faschisten unter revisionistischen Losungen bzw. unter Verzicht auf antirevisionistische Parolen kann es für die KPD/ML nicht geben.'

Man muß sich wirklich fragen, wie sich die Verfasser das in der Praxis vorstellen. In der Praxis sieht es nämlich so aus, daß die DKP selten allein antifaschistische Aktionen durchführt. In der Regel beteiligen sich an solchen Aktionen verschiedene antifaschistische Gruppen in Form eines taktischen Bündnisses. Allein diese Tatsache stellt bereits einen Grund dar, in ein Bündnis mit der DKP einzutreten. Denn dann können wir sowohl vor den anderen Gruppen unsere Linie im antifaschistischen Kampf propagieren und durchsetzen, als auch den Opportunismus der DKP entlarven.

Diese Möglichkeit würden wir uns restlos verbauen, wenn wir mit der Forderung, antirevisionistische Losungen propagieren zu dürfen, der DKP einen Anlaß böten, entweder das Bündnis unter Protest zu verlassen oder uns zu isolieren. Letzteres ist sehr wahrscheinlich, weil es den anderen Gruppen im konkreten Fall (nehmen wir den Gründungskongreß der 'Aktion Widerstand' z.B.) um den Kampf gegen den Faschismus geht und nicht um den Kampf gegen den Revisionismus. Und mit Recht. Wir müssen bei allen Aktionen stets den Hauptschlag festlegen und dürfen nicht eine Nebensache künstlich zur Hauptsache machen. Das tun wir aber, wenn wir auf antirevisionistische Losungen bestehen, von der Propagierung derselben unsere Teilnahme an antifaschistischen Aktionen abhängig machen. -fb-

Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage

3. Teil

Der zweite Teil unseres Artikels endete mit der Feststellung, daß die Gründung neuer Gewerkschaften, auch die 'Keime' einer solchen, in der Bundesrepublik nicht auf der Tagesordnung steht. Wir können den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Was ist aber der erste Schritt ?

Der erste Schritt ist der Aufbau von Betriebsparteizellen

Warum ist die Betriebsparteizelle für die Verwirklichung der Aufgaben und Ziele unserer Partei so überaus wichtig ? Warum kommt ihr gegenüber der Wohngebietszelle vorrangige Bedeutung zu ?

1. Weil sich im Betrieb der tägliche Klassenkampf in seiner direkten Form abspielt.
2. Weil durch die Betriebsparteizelle die Verankerung der Partei im Industrieproletariat und die Anleitung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse am vollkommensten gewährleistet ist.
3. Weil die Betriebsparteizellen erst die Voraussetzung für eine erfolgversprechende Arbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen schaffen.
4. Weil die Betriebsparteizellen die Gewähr dafür bieten, auch in Zeiten der Illegalität kampfstark und schlagkräftig zu bleiben.
5. Weil in Zeiten der Revolution neben den bewaffneten Kampfformationen des Proletariats die Betriebe - ihre Übernahme oder Nichtübernahme - das entscheidende

Deshalb ist es für unsere Partei unerläßlich, in allen Großbetrieben zuerst, später auch in Mittel- und kleineren Betrieben, Betriebsparteizellen zu bilden. Berücksichtigt werden muß auch, daß neben den Zellen in Industriegebieten, solche in für die Existenz des kapitalistischen Staates wichtigen Betrieben, wie des Verkehrswesens (Luftfahrt, Bundesbahn, Schiffahrt), der Energieversorgung (E-Werk) oder auch des Rundfunks, Fernsehens usw. zu bilden sind. Sind drei Genossen in einem Betrieb vorhanden, so ist eine Betriebsparteizelle zu gründen. Die Bedeutung der Betriebsparteizellen muß auch in der personellen Zusammensetzung der Leitungen der Orts- und Kreisverbände der Partei in der Regel zum Ausdruck kommen.

Wie entscheidend sich das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von Betriebsparteizellen auszuwirken vermag, zeigt uns die Machtübernahme durch die Faschisten 1933. Damals war die KPD sehr stark in den Wohngebieten, den Erwerbslosenausschüssen, aber weit weniger in den Betrieben verankert. Dadurch gelang es ihr nicht, dieses wichtige Kettenglied gegen die faschistische Machtübernahme in die Hand zu bekommen. Trotz 5 Millionen Wählerstimmen konnte sie nicht den Generalstreik auslösen. (Wobei natürlich auch der Verrat der SPD-Führung eine Rolle

revisionistischen Parteien sind, sie taugen aber nur wenig zur Ausrichtung der Partei auf die Arbeiterklasse und ihre Führung im revolutionären Kampf um die Macht. Deshalb ihre überragende Bedeutung für den Aufbau unserer Partei.

Zur Zeit gibt es noch wenige Betriebsparteizellen, während die Zahl der Roten Betriebsgruppen weitaus größer ist. Dieser Zustand erklärt sich aus der Tatsache, daß die revolutionären Kader in den Betrieben die Vorhut des Proletariats, die es für den Kommunismus zu gewinnen gilt, infolge der lang anhaltenden Wiederaufbauperiode des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg, die erst 1966/67 durch die erste verstärkt in Erscheinung tretende zyklische Krise beendet wurde, infolge der langjährigen ideologischen Beeinflussung der Arbeiterklasse durch reformistisches und revisionistisches Gedankengut noch dünn gesäht ist. Mit Sicherheit aber wird sich die Lage ändern, denn wir stehen in Westdeutschland am Anfang einer Periode in der sich infolge der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Verschärfung der Widersprüche der Imperialisten untereinander, der Existenz einer korrekten marxistisch-leninistischen Partei, die Klassenkämpfe bedeutend verschärft werden.

Betriebsparteizellen entstanden bisher zur Hauptsache aus den unter Anleitung der Partei arbeitenden Roten Betriebsgruppen oder sie wurden geschaffen, indem die Partei Genossen in Schwerpunktbetrieben zusammenzog. **Auf das Ziel Schwerpunkt in den Betrieben ist auch die Arbeit der Orts- und Stadtteilzellen auszurichten.** Z.B. indem diese Zellen mit dem Ziel der Er-

als Sympathisanten durch die Agitations- und Propagandatätigkeit in den Arbeiterwohnvierteln gewonnen werden, sind bei ihrer Aufnahme als Kandidaten in die Partei entweder - wenn sie in Großbetrieben arbeiten - in der dortigen Betriebsparteizelle zu organisieren oder aber - wenn sie aus Klein- und Mittelbetrieben stammen, in denen heute noch keine Betriebsparteizellen existieren, in Branchenzellen, z.B. Bauarbeiter, Druckereiarbeiter usw. zusammenzufassen.

Noch einmal zur Aufgabenbestimmung der Roten Betriebsgruppen: Sie sind von der Anlage her Massenorganisationen der Partei und dienen - wie auch die anderen Massenorganisationen der Partei, z.B. die Rote Garde - als Kaderreservoir für die Partei. In ihnen werden die besten, aktivsten Kollegen - unabhängig davon, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht - zusammengeschlossen und unter Anleitung der Betriebsparteizelle, oder soweit diese noch nicht besteht, durch Genossen der Parteiorganisation an die Partei herangeführt. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Roten Betriebsgruppen, unter Anleitung der Betriebsparteizelle, an der Ausarbeitung der politischen Agitation und Propaganda für den Betrieb, z.B. Flugblätter, Betriebszeitungen, teilzunehmen und in die betrieblichen Kämpfe einzugreifen mit dem Ziel, sie ideologisch, politisch und organisatorisch zu führen, wobei festzustellen ist, daß die ideologische und politische Seite bisher vernachlässigt wurden.

Neben den Betriebsparteizellen haben die RBG's die Aufgabe, durch ihre antikapitalistische und antirevisionistische Praxis im Betrieb den

Verständnis und zur Unterstützung der Politik der Partei zu bringen und dadurch ihren Beitrag zur Einheit und Entwicklung des revolutionären Proletariats zu leisten. Durch diese Arbeit der Betriebsparteizellen und der RBG's wird die Verbindung der Partei mit den parteilosen Massen gefestigt, werden die Parteikader im Betrieb gestählt und neue Kader herangebildet.

Und noch etwas für die Zukunft Entscheidendes gilt es bei dem Aufbau von Betriebsparteizellen und Roten Betriebsgruppen zu beachten: Die strikte Einhaltung der konspirativen Regeln. Keinesfalls dürfen Namen der Genossen der Zellen und RBG's dem Klassengegner bekannt werden. Keinesfalls dürfen beispielsweise sie selbst Flugblätter der Partei vor den Betrieben, in denen sie arbeiten, verteilen. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Betriebsparteizellen und RBG s sollte möglichst nicht die Zahl 7 bis 8 überschreiten. Das heißt natürlich nicht, daß die Genossen nicht politisch im Sinne des Kommunismus die Kolleginnen und Kollegen agitieren; dabei brauchen sie sich aber nicht - von Ausnahmen abgesehen - als Mitglieder der Partei oder RBG's erkennenzugeben. Nur wirklich vertrauenswürdige Kollegen bezieht man in die organisatorische und politische Arbeit ein. Bei Genossen in für die Partei wichtigen betrieblichen Funktionen kann der Auftrag erteilt werden, sich politisch zurückzuhalten. Wir brauchen Genossen gerade in Zeiten sich verschärfender Klassenkämpfe und heranreifender revolutionärer Situation in und nicht außerhalb der Betriebe.

Warum haben wir uns mit dem ersten Schritt, dem Aufbau von Betriebsparteizellen so ausführlich beschäftigt ? Weil erst sie die Voraussetzung schaffen für die erfolgreiche Inangriffnahme **des zweiten Schrittes: Der Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition,** der über die Bildung von kommunistische Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften erfolgt. Solange wir beim Aufbau dieser Fraktionen nicht von den Betriebsparteizellen ausgehen, werden wir die in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter nicht erfassen, organisieren und führen können.

nahme - das entscheidende Kettenglied sind, um die Macht zu erringen und die Diktatur des Prolatariats zu errichten.

spielte.) **Wohngebiets- bzw. Stadtteilzellen taugen zwar für den Wahlkampf, weswegen sie auch die Organisationsstruktur der reformistischen und zur Hauptseite auch der**

richtung von Roten Betriebsgruppen bzw. Betriebsparteizellen ihre politische Arbeit auf bestimmte in ihrem Ortsbereich gelegenen Betriebe konzentrieren. Arbeiter, die

visionistische Praxis im Betrieb den fortgeschrittenen Teil der Belegschaft für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen, d.h. an die Politik der Partei heranzuführen, zum



(Dazu im Schluß unseres Artikels im nächsten Roten Morgen)

KRITIK UND SELBSTKRITIK

„Das Verhalten einer Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen — das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung zur Klasse und dann auch zur Masse." (Lenin, der große Lehrer des Weltproletariats)

Dieses wichtige Prinzip einer kommunistischen Partei haben wir seit geraumer Zeit vollständig verletzt. Wir haben Kritiken an Fehlern zwar zur „Kenntnis" genommen, haben aber nicht daran gedacht, sie im Roten Morgen aufs Tapet zu bringen. Wir haben die Erfüllung unserer Pflichten gegenüber unserer Klasse und der Masse der Werktätigen nicht wahrgenommen. Wir haben die Fehler und den Opportunismus im Roten Morgen ungehindert auf die Bewegung und die Massen einwirken lassen. Wir haben die Bedeutung des Roten Morgen für den Klassenkampf und somit unsere politische Arbeit nicht ernst genommen. Wir haben die Rolle des bewußten und planenden Elements im Klassenkampf unterschätzt. Die Ursache dafür, daß wir nicht an die Korrektur der Fehler herangegangen sind, liegt im Nachlaufen der spontanen Bewegung. Das ist auch die Hauptursache des im Roten Morgen aufgetretenen Opportunismus.

Inzwischen haben sich nun die Kritiken am Roten Morgen innerhalb eines dreiviertel Jahres derart angehäuft, daß es unmöglich ist, sie in dieser Nummer alle zur Geltung kommen zu lassen. Dies wird jedoch in den nächsten Ausgaben nachgeholt.

1. Kritik an der Vereinigungsprojektmacherei und dem Versöhnlertum im Artikel zum 1. Mai im Roten Morgen 5/71: „Unter den roten Fahnen der Arbeiterklasse."

Die Mannheimer Genossen schreiben in ihrer Kritik: „Seit Monaten bringt der Rote Morgen keine Artikel mehr über die Widersprüche innerhalb der Partei und den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen. Mao Tse Tung hat festgestellt: „Der Marxismus entwickelt sich nur im ständigen Kampf gegen kleinbürgerliche Anschauungen." Seit jeher ist es die grundlegende Taktik des Opportunismus gegenüber dem Marxismus, den Kampf zweier Linien innerhalb der kommunistischen Bewegung zu leugnen oder zu vertuschen. Der Opportunismus hat „Angst vor Publizität" (Lenin). Unsere Aufgabe muß es sein, den Kampf gegen den Opportunismus in aller Öffentlichkeit und Schärfe zu führen. Die Auseinandersetzung über die Linie der Partei und die Linie zur Einheit der Marxisten-Leninisten muß im Zentralorgan geführt werden."

Hier wird klar: die Leugnung der Widersprüche zwischen der Partei und den anderen ML-Organisationen und der Verzicht auf den ideologischen Kampf führen zur Übernahme einer falschen politischen Linie."

Zu welchem Prinzipienverrat es dabei kommen kann, decken die Gießener Genossen auf:

„Auf welche ‚korrekte' politische Linie, auf welche ‚korrekten' Losungen hat man sich in West-Berlin mit der KPD/AO geeinigt?

„Nieder mit der Kapitulations- und Spaltungspolitik der revisionistischen Parteien, mit dem Sowjetrevisionismus an der Spitze." Sind die SU-Sozialimperialisten nur Kapitulanten und Spalter? Das waren sie einmal nach Stalins Tod unter Cruschtschow. Bis heute haben sie sich von Kapitulanten zu offenen Konterrevolutionären, zu Sozialimperialisten entwickelt, die ihr eigenes Volk und andere Völker ausbeuten und mit konterrevolutionärer Waffengewalt blutig unterdrücken oder die Waffen zur Unterdrückung bereitstellen (CSSR! Polen! Ceylon, Persien, Indonesien usw!). Wie sieht es mit anderen revisionistischen Parteien aus? Z.B. in Polen? Sind die polnischen Revisionisten Kapitulanten oder blutige Konterrevolutionäre! DKP und SEW stehen offen auf der Seite der Konterrevolution in der SU und in Polen. Daß sich die DKP u. SEW noch nicht zu gleichen Bluthunden entwickelt haben, liegt daran, daß sie noch nicht die Macht im Staat haben oder entscheidend an ihr beteiligt sind. Die DKP steht offen auf der Seite der Konterrevolution — Kapitulant ist die KPD/AO, weil sie die Versöhnung mit diesen Feinden betreibt".

Stattdessen wird in dem Artikel die Tatsache, daß in Dortmund die Partei sich auf die politische Linie des KJVD gestellt hat, besonders herausgestrichen und die organisatorische Trennung zwischen beiden Organisationen als „heller Wahnsinn" bezeichnet. Damit werden die prinzipiellen Differenzen mit dieser Organisation vertuscht und eine Einheit ohne vorherigen ideologischen Kampf gefordert. Die Mannheimer Genossen schreiben weiter:

„Die Verfasser sind sehr planvoll vorgegangen. Der Mannheimer Bericht wurde völlig verfälscht. Wir hatten geschrieben, daß sich die örtliche KJVD-Gruppe von dem Zentralbüro in Bochum getrennt hat, weil sie dessen völlig opportunistische Führung durchschaut hatte. Weiter hieß es, daß sich diese Gruppe am 1. Mai anschloß und **selbst** die Rote Garde propagierte. Im Artikel heißt es dagegen: „... in Mannheim, wo die Genossen der Partei, der Roten Garde gemeinsam mit den Genossen der KJVD demonstrierten." Das bedeutet, aus schwarz weiß machen. Diese KJVD-Genossen, die sich von ihrer revisionistischen Führung getrennt haben, sind entrüstet und fühlen sich durch die Umarmungstaktik, die in dem Artikel zum Vorschein kommt, abgestoßen."

Wenn man sein Versöhnlertum mit dem Mittel der Verfälschung durchsetzt, dann stellt das einen schweren Verstoß gegen den demokratischen Zentralismus der Partei dar. Die Mannheimer Genossen schreiben weiter:

„Die Verfasser stellen die Demonstration in Westberlin als beispielhaft hin. Was ist in Westberlin geschehen? Der Westberliner Landesverband hat sich in grundlegenden Fragen an die Aufbauorganisation gehängt:

Er hat in den Vordergrund seiner Agitation und Propaganda den aktiven gewerkschaftlichen Kampf gestellt. (Ökonomismus)
Er hat sich in der Gewerkschaftsfrage auf die Propagierung der innergewerk-

Das Verlags- und Redaktionskollektiv des Roten Morgen veröffentlicht nachstehend die Spenden, die im Monat August eingegangen sind und bedankt sich bei den Genossen, die gespendet haben, für die Unterstützung.

1.8.	O.H., Bonn	30,00
2.8.	OG Würzburg	100,00
3.8.	RG Hoechst	125,00
6.8.	Buchhandlung Roter Stern	25,00
9.8.	L.D., Frankfurt	400,00
10.8.	S., Frankfurt	100,00
10.8.	OG Mannheim	155,00
16.8.	Frankfurter Genossen	46,00
17.8.	D.F., Lüchow	10,00
17.8.	W.K., Essen	5,00
17.8.	RG Kitzingen	70,00
17.8.	R.S., Büdelsdorf	20,00
17.8.	OG Würzburg	345,00
20.8.	Sch., Karlsruhe	100,00
20.8.	OG Offenbach	100,00
21.8.	Genossen aus Erlangen	150,00
24.8.	OG Mannheim	209,00
28.8.	J.Sch., Frankfurt	44,80
31.8.	Hamburger Genossen	21,50
		2 056,30

DAS VOLK VIETNAMS WIRD TRIUMPHIEREN! DIE USA-AGGRESSOREN WERDEN GESCHLAGEN WERDEN!

Mao Tsetung

In Westberlin ist dieses opportunistische Zeug schon in die Tat umgesetzt werden. Der Westberliner Landesverband hat auf die Propagierung der KPD/ML als Organisation völlig verzichtet. In seiner eigenen Maizeitung steht die Parole „Bauen wir eine starke Kommunistische Partei auf". Kein Wort von der Stärkung der KPD/ML.

Genossen, Ihr seid gleich drei Jahre zurückgegangen. Ihr habt es so weit gebracht, daß Ihr dort steht, wo wir bereits vor der Gründung der KPD/ML stande[illegible]en Verfassern des Artikels aber b[illegible]es überlassen, diese Politik auch [illegible]ch als Vorbild für die ganze Partei hinzustellen. Sie sind — ob bewußt oder unbewußt — dabei, die Partei auf „allen erdenklichen Wegen", nämlich ideologisch, politisch und organisatorisch zu liquidieren."

Dadurch, daß in dem 1. Mai-Artikel die opportunistischen Bündnisse und die Anbiederung an den KJVD auch noch in Form einer Verfälschung auf die Spitze getrieben wurden, wurde das Versöhnlertum gegenüber dem Opportunismus und die Vereinigungsmacherei zur Linie erhoben. Das ließ die Gießener Genossen zu dem Schluß kommen:

„Daß die Opportunisten als objektive Agenten der Bourgeoisie anscheinend Oberwasser haben, zeigt dieser RM-Artikel. Wahrscheinlich haben wir aber auch schon subjektive Agenten in unseren leitenden Gremien, Agenten des KJVD."

Wir können den Genossen diesen schweren Vorwurf nicht verübeln, auch wenn er, was die „subjektiven Agenten" betrifft, nicht stimmt. Wie konnte es zu dieser Abweichung, dieser Unterdrückung des ideologischen Kampfes im ROTEN MORGEN kommen? Darauf werden wir im nächsten ROTEN MORGEN in einem Artikel — den KJVD betreffend — noch eingehen. Wie es richtig ist, dazu die Mannheimer Genossen im Schluß ihrer Kritik:

„Die Rechtsopportunisten innerhalb der KJVD, der KPD/AO und anderen Gruppen können wir nicht isolieren, die fortschrittlichen Mitglieder nicht gewinnen, wenn wir nicht den Kampf gegen solche liquidatorischen Strömungen eröffnen, wie sie im RM-Artikel deutlich werden. Es ist die Aufgabe der Partei, „aktiv die Zerfahrenheit und Schwankungen in der praktischen Bewegung aufzutreten, wobei alle Versuche, bewußt oder unbewußt unser Programm und unsere Taktik zu degradieren, entlarvt und widerlegt werden müssen." (Lenin)

Wir müssen einerseits einen ernsten Kampf gegen falsche Ansichten führen und andererseits jenen Genossen, die Fehler gemacht haben, die volle Möglichkeit geben, diese einzusehen.

Die Geschlossenheit der Partei ist auch die Grundlage für die Einheit der ganzen marxistisch-leninistischen Bewegung.



IM NÄCHSTEN ROTEN MORGEN:

- Zur Währungskrise
- Polizeiaktion nach Feierabend
- Wormser Stadtverwaltung: Handlanger der Shell-Kapitalisten
- Was ging im Sudan vor ?
- Ökonomismus: Wie er sich in der Praxis ausdrückt
- Zum KJVD

DER NÄCHSTE ROTE MORGEN ERSCHEINT AM 27. SEPTEMBER

Warum Fremdwörter im ROTEN MORGEN ?



schaftlichen Fraktionsarbeit beschränkt und mit keinem Wort die Notwendigkeit erwähnt, Rote Betriebsgruppen aufzubauen.

Er hat den Kampf gegen den Revisionismus vor allem daran geführt, daß die SEW die gewerkschaftliche Arbeit sabotiert. Das ist eben der Kampf gegen den Revisionismus vom Boden des Ökonomismus aus, nicht vom Boden der revolutionären Interessen des Proletariats. (Vgl. die 1. Mai-Zeitung des LV Westberlin)

Die Mannheimer Genossen verweisen weiterhin auf die Gefahr der Liquidierung der Partei. Die Berliner Genossen hatten bei der 1. Mai-Demonstration auf die Propagierung der Partei verzichtet. Die Verfasser des Artikels schrieben: „. . . es geht keinesfalls darum, wie von manchen Genossen behauptet wird, daß wir in einem solchen Bündnis die Führung innehaben wollten. Uns geht es einzig und allein um die korrekte politische Linie."

Die Mannheimer Kritik dazu: „Die Verfasser haben Angst, sich von anderen Organisationen abzugrenzen. Jetzt stellen sie die „Theorie" auf, daß sich die richtige politische Linie in der ML-Bewegung entwickeln kann. Das bedeutet, vom Versöhnlertum zum Liquidatorentum übergehen. Die Verfasser haben offensichtlich vergessen, daß nur die Partei von den Massen lernen, die richtigen Ideen zusammenfassen und einen einheitlichen Willen entwickeln kann. Das gilt auch für die Bündnispolitik. Die Partei ist verpflichtet, von allen ML-Organisationen berechtigte Kritik anzunehmen. Aber die politische Linie kann nicht „in der Bewegung" sondern nur von der Partei entwickelt werden. Die Partei muß diese Linie im ideologischen Kampf durchsetzen. Dabei ist es nicht wichtig, daß wir von vornherein die organisatorische Führung besitzen. Wenn wir aber einen konsequenten ideologischen Kampf auf der Grundlage der Linie der Partei führen, dann werden wir — früher oder später — auch die organisatorische Führung durchsetzen. Es wäre sträflich, „einzig und allein" die richtigen Ideen zu entwickeln, ohne um die organisatorische Führung zu kämpfen. Die Verfasser haben deswegen nicht mehr das Ziel, die Führung inne zu haben, weil ihnen nicht mehr um die Linie der Partei geht, weil sie diese Linie aus der Bewegung entwickeln wollen. Sie müssen daher die Notwendigkeit der Partei als Organisation leugnen und zu einer Aufwärmung des alten Ligakonzepts kommen, wobei sie sich scheuen, das Kind beim Namen zu nennen.

Manche Arbeitergenossen und -sympathisanten fragen uns: "Warum gebraucht ihr eigentlich so viele Fremdwörter wie Bourgeoisie, Imperialismus, Ökonomismus usw.? Ihr wollt doch eine Arbeiterpartei sein; könnt ihr da nicht wenigstens deutsch reden?"

Dazu ist folgendes zu sagen: Einerseits gibt es viele Fremdwörter, die man genauso gut auf Deutsch ausdrücken könnte. Solche Wörter sind wie teure Modeartikel, die die reichen Bürger ihren Frauen über den Hintern hängen, um damit anzugeben. Warum soll man z.B. "okkupieren" sagen, wenn "besetzen" genau dasselbe ausdrückt? Oder warum soll man sagen "authentische Revolution", wenn "authentisch" nur "wirklich" bedeutet? Eine Revolution ist entweder eine wirkliche Revolution oder gar keine; das Wort "authentisch" heißt also nur Blabla und kann völlig gestrichen werden.

Diese erste Sorte von Fremdwörtern wird von unseren Genossen zu Recht kritisiert. Die revolutionären Intellektuellen unter uns, die eine bürgerliche Bildung erhalten haben, neigen noch häufig dazu, solche überflüssigen Fremdwörter zu gebrauchen. Wir werden ihnen dabei helfen, sich das mit der Zeit abzugewöhnen.

Aber daneben gibt eine andere Sorte von Fremdwörtern, wie z.B. Bourgeoisie, Imperialismus, Ökonomismus usw.. Diese Fremdwörter wurden von Marx und Lenin benutzt. Natürlich plappern wir sie nicht einfach nach, weil sie von Marx und Lenin benutzt wurden, vielmehr verwenden wir sie, weil es sich dabei um wissenschaftliche Fachausdrücke handelt. Solche Fachausdrücke kann man nicht einfach auf Deutsch genauso gut sagen.

Jeder Arbeiter kennt den Fall, daß z.B. ein Student in den Ferien im Betrieb mit ihm zusammenarbeitet. Viele Fachausdrücke versteht der Student nicht. Nehmen wir als Beispiel den Bergbau. Die Kollegen reden dort von "Besatz", von "Stößen", von "Palligonausbau", vom "Gedinge" usw.. Ein Student würde kein Wort davon verstehen. Wenn er jetzt einfach sagen würde: "Redet doch mal deutsch", so würde er zu Recht ausgelacht. Es handelt sich ja schließlich um Fachausdrücke, die man für den Bergbau braucht. Wer im Bergbau etwas verstehen will, der muß die Fachausdrücke lernen.

Ähnlich ist es mit der Gruppe von Fremdwörtern, die wissenschaftliche Fachausdrücke sind. Die kapitalistische Gesellschaft z.B. ist ein Bereich, der mindestens genauso eigenartig und kompliziert ist wie der Bereich des Bergbaus. So wie die Stöße im Bergbau die Firste tragen, so tragen in der bürgerlichen Gesellschaft das Proletariat und die anderen unterdrückten Klassen die Bourgeoisie. Deshalb verwenden die Marxisten-Leninisten Fachausdrücke für die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft. Genauso ist es z.B. mit dem Imperialismus: damit ist ein bestimmter Typ von kapitalistischer Gesellschaft gemeint, den man genau bestimmen kann.

Nebenbei haben solche Fachausdrücke, die meistens aus dem Lateinischen abgeleitet sind, einen weiteren Vorteil: sie sind in allen Sprachen gleich. Wenn wir also z.B. gegen den US-Imperialismus demonstrieren, so können unsere spanischen und italienischen Kollegen das sofort verstehen. Die wissenschaftliche Sprache des Marxismus-Leninismus ist also gleichzeitig eine internationale Sprache.

Aus all dem folgt, daß ein Arbeiter, der die Gesellschaft, in der er ausgebeutet wird, wissenschaftlich erfassen will, um sie revolutionieren zu können, einige Fremdwörter lernen muß. Genauso wie ein Student, der den Bergbau verstehen will, die entsprechenden Fachausdrücke lernen muß. Der RM möchte allen Genossen und Sympathisanten dabei helfen. Wir werden deshalb in den kommenden Nummern eine Art Wörterbuch herausgeben. In jeder Nummer werden wir den wissenschaftlichen Sinn einiger gebräuchlicher Fremdwörter des Marxismus-Leninismus erklären. Ihr könnt diese Artikel ausschneiden und sammeln. Dann könnt ihr jederzeit nachschauen, wenn ihr über ein bestimmtes Wort unsicher seid.

(Damit wir keine wichtigen Ausdrücke vergessen, wendet euch mit Fragen an uns. Der RM wird sie beantworten.)

chen dafür, daß der Stein, den die Bourgeoisie erhoben hatte, um die Partei und die gesamte Bewegung zu treffen, auf ihre eigenen Füße gefallen war. Viele junge Genossen erklärten immer wieder, daß sie noch nie eine Demonstration erlebt hätten, die offensichtlich die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung hatte. Immer wieder erzählten sie begeistert, wie die Parolen der der Demonstranten von den Passanten begrüßt wurden, und wie viele Kollegen auf der Straße und an den Fenstern der Wohnungen die Faust zum proletarischen Gruß erhoben. Viele Kollegen fragten nach den nächsten Veranstaltungsterminen der Partei. Nach der Kundgebungsrede der Partei erklärte eine Reihe Kollegen ihre Entschlossenheit, in den Organisationen der KPD/ML mitzukämpfen.

Veranstaltung gegen das KPD-Verbot

Drei Tage nach der Demonstration fand eine Veranstaltung der Partei zum Verbot der KPD statt, die schon vor dem Bankraub geplant und angekündigt worden war. Durch den Versuch des Staatsapparates, den Münchner Bankraub zu einem weiteren Schritt auf dem Weg zur Illegalisierung der KPD/ML zu benutzen, erhielt diese Veranstaltung natürlich eine besondere Bedeutung. Die Veranstaltung fand in einer Gaststätte des gleichen Viertels statt, durch das auch die Demonstration geführt hatte. Der erste Eindruck war, daß viel mehr Kollegen gekommen waren als zu den letzten Veranstaltungen der Münchner Ortsgruppe. Vor allen Dingen waren auch eine Reihe älterer Kollegen gekommen, unter ihnen zwei Gründungsmitglieder der KPD. Das Referat des Abends schilderte die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihre Siege, ihre Niederlagen. Auch die DKP versucht ständig, auf ihren Veranstaltungen und in ihren Schriften, die Geschichte der Arbeiterbewegung für sich in Anspruch zu nehmen. Aber die Revisionisten müssen dazu die ausgeklügelsten Verdrehungen der Wahrheit erfinden. Unser Genosse aber, ein junger Arbeiter, schilderte die wichtigsten Ereignisse der Arbeiterbewegung wie sie wirklich waren. Den erbärmlichen Verrat der Sozialdemokratie und die Zerschlagung der Partei

In dem Referat wurden nicht nur die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung geschildert, sondern es wurde auch auf die internationalen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung eingegangen, besonders auf die Entstehung des modernen Revisionismus und auf die besondere Rolle, die die Volksrepubliken China und Albanien als Bollwerk der Weltrevolution spielen. Zum Schluß erklärte der Genosse die Notwendigkeit des Aufbaus der Partei und die besonderen Aufgaben, die die Arbeit der Roten Betriebsgruppen dabei zu erfüllen haben.

In der Diskussion traten dann wie so oft einige DKP-Studenten als Provokateure auf. Aber ihnen wurde von den Kollegen die gründlichste Abfuhr erteilt, die sie je auf einer Veranstaltung der Ortsgruppe München bezogen. Für jeden Kollegen war es offensichtlich, daß die Revisionisten ihn für dumm verkaufen wollten. Die Revisionisten taten nämlich so, als hätte nie eine Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung stattgefunden, als gäbe es überhaupt keinen Revisionismus und die KPD/ML sei überflüssig, weil es ja die DKP gäbe. Aber die Kollegen ließen sich durch diese Verschleierungstaktik nicht täuschen. Sie brachten die entscheidende Frage der Tagesordnung. Ein Kollege formulierte ungefähr so: 'Die DKP betont immer wieder, daß sie sich ausschließlich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen würde.

genau sehen, daß die DKP mit dieser revolutionären KPD nicht die geringste Ähnlichkeit hat. Wenn von diesen Genossen immer noch ein großer Teil bei der DKP organisiert ist, obwohl sie im scharfen Widerspruch zum Revisionismus stehen, dann liegt das an uns. Dann liegt das daran, daß wir den ideologischen Kampf gegen die DKP nicht konsequent führen, daß wir zwar innerhalb der Partei und den Massenorganisationen den DKP-Revisionismus ständig entlarven, daß wir aber den ideologischen Kampf noch zu wenig in die DKP hineintragen. Es ist doch so, daß die DKP-Führung alles versucht, um ihre Mitglieder möglichst wenig von der Existenz der KPD/ML wissen zu lassen. Das ist eine typisch revisionistische 'Führungsmethode'. Wir müssen also in viel stärkerem Maß auf den Veranstaltungen der DKP auftreten, die verräterische Linie der Führung konkret entlarven und so den Kampf um die noch in der DKP organisierten Genossen führen. Die Münchener Veranstaltung hat gezeigt, daß die Bedingungen für diesen Kampf günstig sind. Denn viele dieser Genossen haben die revolutionäre KPD unter der Führung Ernst Thälmanns erlebt. Die ehemaligen KPD-Genossen, die jetzt von der Partei gewonnen wurden, haben sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die DKP den größeren Apparat hat, daß sie im Moment noch zahlenmäßig stärker ist als die KPD/ML usw. Nach der Veranstaltung

Postscheckkonto Hamburg 3217 30

Der ZENTRALE LITERATURVERTRIEB liefert alle Publikationen aus der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien, sowie Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN.
Der ZENTRALE LITERATURVERTRIEB vermittelt Abonnements für Peking Rundschau und China im Bild.
Fordert kostenlose Bestellscheine und Kataloge an.

die Zerschlagung der Partei durch den Faschismus schilderte er so eindringlich, daß anwesenden alten KPD-Kämpfern die Tränen kamen. Von diesen Genossen wurde in der Diskussion die Ansicht vertreten, daß es eine falsche Einschätzung der KPD gewesen sei, als sie 1935 auf dem Brüsseler Parteitag feststellte, daß in Deutschland der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus nicht aufgenommen werden könne und daß es für die Partei darauf ankäme, ihre Kader vor der physischen Vernichtung zu schützen. Die Genossen erklärten: Der bewaffnete Kampf war möglich und die Geschichte hat gezeigt, daß die Urheber der opportunistischen Brüsseler Beschlüsse die Kader der Partei den Faschisten ans Messer geliefert haben.

Grundgesetzes bewegen. Ziel des Grundgesetzes ist es aber, die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse zu garantieren. Das hat in dieser offenen Form nicht einmal die KPD der fünfziger Jahre getan, obwohl die Partei damals schon in starkem Maße revisionistisch entartet war. Damit ist wirklich schon alles über die DKP gesagt.' Als dann noch ein Genosse einen Auszug aus einer DKP-Betriebszeitung aus Ingolstadt verlas, in dem die DKP es als ihr Ziel erklärt, dem Namen der Firma einen guten Klang zu verschaffen und den Absatz ihres Produktes zu fördern, hatten die Revisionisten endgültig nichts mehr zu bestellen.

Aus dieser Diskussion haben wir gelernt, daß die Genossen, die noch den Kampf der revolutionären KPD erlebt haben, haben diese Genossen gesagt: 'Das ist wieder die alte KPD.' Der Gewinn dieser Genossen ist ein großer Erfolg für uns. Sie sind zu uns gekommen, weil sie das revisionistische Wesen der DKP durchschaut und die revolutionäre Linie der KPD/ML erkannt haben. Aber sie sind auch zu uns gekommen, weil sie gesehen haben, daß die KPD/ML die Organisation ist, auf die sich die Angriffe des Staatsapparates immer mehr konzentrieren.

Den Anschlägen des Klassenfeindes müssen wir begegnen, indem wir unsere Anstrengungen beim Aufbau der Partei verdoppeln, indem wir mit doppelter Kraft die Wahrheit des Marxismus-Leninismus in die Massen tragen !

Demonstration gegen Polizeiterror

Im letzten ROTEN MORGEN berichteten wir, wie der Staatsapparat den Münchener Bankraub zu einem weiteren Versuch ausnutzte, die KPD/ML als kriminelle Organisation abzustempeln, um sie von den Massen zu isolieren. Die Münchener Vorfälle aber zeigten, daß die Massen so leicht nicht mehr zu täuschen sind: Lohnraub und Preistreiberei, Kurzarbeit und Entlassungen, Notstandsgesetze und Wahlbetrug, die Verschärfung des Betriebsverfassungsgesetzes und das Zusammenschlagen von Streikposten durch die Polizei enthüllen in immer stärkerem Maße auch den breiten Massen die Fratze des Kapitalismus. Isoliert ist in München die Polizei, während die Partei den Angriff nicht nur abwehren, sondern ihre Position auch weiter festigen konnte.

Die Strategen des kapitalistischen Unterdrückungsapparates mögen darauf spekuliert haben, daß die Kollegen in den Betrieben die KPD/ML ebenfalls für den Bankraub verantwortlich machen würden. Aber die Kollegen dachten nicht daran, dieser antikommunistischen Hetze auf den Leim zu gehen. Unsere Flugblattverteiler berichteten vielmehr, daß die große Mehrheit der Kollegen unseren Flugblättern voll zustimmte. In diesen Flugblättern wurde klar festgestellt:

daß nicht die kommunistische Partei kriminell ist, sondern daß der Kapitalismus untrennbar mit der Kriminalität verbunden ist,

daß letztlich alle Kapitalisten Gangster ohne Maske sind, weil sie tagtäglich den Werktätigen den von ihnen erarbeiteten Reichtum rauben,

daß die von der Polizei in jüngster Zeit inszenierten Bürgerkriegsszenen direkt der Vorbereitung auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung dienen.

Im Bündnis mit anderen Organisationen rief die Partei zu einer Demonstration gegen den wachsenden Polizeiterror des kapitalistischen Staates auf. Diese Demonstration, die unter Führung der Partei durch ein altes Münchener Arbeiterviertel führte, lieferte weitere Anzei-



Plakat zur Müchener Veranstaltung.